

*Wollen wir wahrhaft wissenschaftlich verfahren, so dürfen wir unsere Ideale sozialer Entwicklung nach keiner anderen Richtung hin bilden als nach derjenigen, welche uns die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Organischen andeuten.*<sup>1</sup>

Friedrich Jodl

## **I. Einleitung: Was ist Wirtschaftsethik?**

In einer Zeit, in der die Wirtschaft weniger wegen ihrer Leistungen, sondern eher wegen ihrer Fehlleistungen von sich reden macht, muss man einem allgemeinverständlichen Aufsatz über ›Wirtschaftsethik‹ vielleicht doch einige erläuternde Bemerkungen voranstellen. Man kann diesen Begriff nämlich als Widerspruch in sich selbst empfinden. Das zeigt folgende, oft zitierte Anekdote: Der Satiriker und Schriftsteller Karl Kraus (1874-1936) soll mit einem Studenten ins Gespräch gekommen sein und ihn gefragt haben, womit er sich denn beschäftige. Die Antwort »mit Wirtschafts-Ethik« soll Kraus zu der spitzzüngigen Bemerkung veranlasst haben: »Junger Mann, da müssen Sie sich aber für eines von beiden entscheiden!«<sup>2</sup>

Dieser Wortwechsel ist vermutlich nur gut erfunden;<sup>3</sup> aber Anekdoten halten sich gerade deshalb so hartnäckig, weil sie verbreiteten Gefühlslagen, manchmal sogar Ressentiments Ausdruck verleihen. Und nicht nur Laien, also intellektuelle Endverbraucher, sondern auch ernst zu nehmende Fachleute<sup>4</sup> zeigen gelegentlich eine erstaunliche Distanz zu einer Disziplin, die inzwischen nicht nur in Forschung und Lehre fest etabliert ist,<sup>5</sup> sondern offensichtlich auch Fragen behandelt, die, wie Kant wohl gesagt hätte, ›unabweislich‹ sind: Sie drängen sich jedem aufmerk-

men Beobachter des Zeitgeschehens auf. Massenentlassungen bei steigenden Börsenkursen, ›Spekulationsgewinne‹, die sich ›weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich‹, aber auch Skandale und Betrügereien großen Stils festigen den verbreiteten Eindruck: »Wer im wirtschaftlichen Sinne erfolgreich ist, kann kaum hohe moralische Maßstäbe besitzen; und wer die Moral hochhält, kann kaum wirtschaftlich erfolgreich sein.«

Natürlich ist das Problem einer gerechten Wirtschaftsordnung und des für sie angemessenen moralischen Handelns nicht erst im 19. oder 20. Jahrhundert erfunden worden. Spätestens seit Aristoteles stellt sich die Frage, wie man auf gerechte Weise ›sein Haus bestellen‹ soll und nach welchen Gesetzen (gr.: *nómoi*) das Haus (der *oikos*) geführt werden sollte.<sup>6</sup> ›Oikonomia‹ war die sowohl deskriptive als auch normative Lehre von der Haus-Haltung – wobei zur damaligen Zeit unter ›Haus‹ vorrangig eine bäuerliche Produktionsgemeinschaft und erst in zweiter Linie ein städtischer Manufaktur-Haushalt zu verstehen war.

Im späten 18. Jahrhundert jedoch begann eine Entwicklung, die schließlich die überkommene Wirtschafts- und Sozialstruktur und ihre philosophischen Reflexionen völlig verändern sollte: die Industrialisierung. Um das grundstürzend Neue

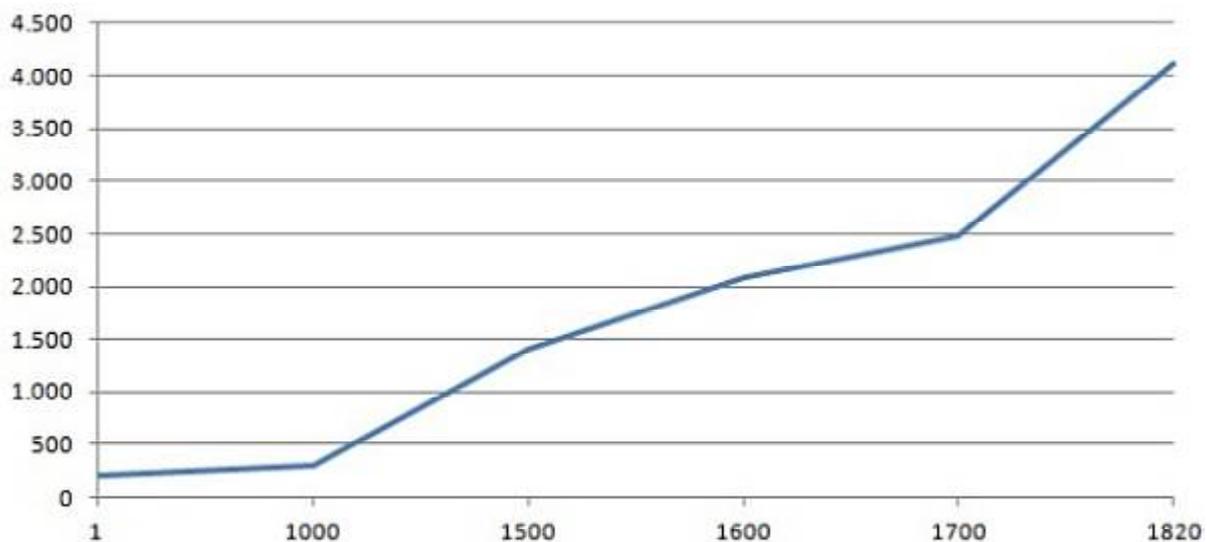


Abb. 1: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Zentraleuropa bis 1820 (in Geary-Khamis-Dollar)<sup>7</sup>

an dieser Entwicklung zu veranschaulichen, werfen wir zunächst einen Blick auf eine Grafik, die das Wirtschaftswachstum in Zentraleuropa von 1000 – 1820 n.u.Z. abbildet (vgl. *Abbildung 1*).

Die Schottischen Moralphilosophen, allen voran David Hume (1711-1776) und Adam Smith (1723-1790), haben die um 1700 aufkommende beschleunigte Wachstumstendenz als erste erkannt und daraus grundsätzliche konzeptionelle Konsequenzen gezogen. Ihnen fiel auf, dass damals einige Länder (also u.a. Schottland und England) eine besonders schnelle wirtschaftliche Entwicklung durchliefen – was die Frage aufwarf, ob es dafür systematische Ursachen gab. Es überrascht also nicht, dass Smith diesem Phänomen eines seiner beiden Hauptwerke widmete, dessen ausführlicher Titel lautet: »An Inquiry Into the Nature and Causes [!] of the Wealth of Nations« (1776).<sup>8</sup> Schon früher hatte David Hume in seinen »Essays, Moral and Political« entsprechende Fragen gestellt und damit den systematischen Horizont einer bis heute andauernden Diskussion um die Ursachen des Europäischen Sonderweges geöffnet.<sup>9</sup>

Zwanzig Jahre vor seinem Hauptwerk, das ihn berühmt werden ließ, hatte Smith ein anderes Buch geschrieben, nämlich die »Theory of Moral Sentiments« (1759), die »Theorie der moralischen Gefühle«.<sup>10</sup> Dieses Werk war ein Buch über deskriptive Ethik: Es ging nicht darum, moralische Vorschriften zu begründen, sondern darum, moralische Reaktionsgewohnheiten zu beschreiben und zu erklären; darum, welche moralischen Gefühle es gibt und unter welchen Umständen wir sie entwickeln; und darum, welche moralischen Ansprüche wir aneinander stellen.

Die beiden Bücher von Smith werfen ein interessantes Problem auf – das »Adam-Smith-Problem«. Es lautet: In welchem systematischen Verhältnis stehen die beiden Veröffentlichungen zueinander? Diese Frage hat die Smith-Forschung lange Zeit beschäftigt.<sup>11</sup> Denn »Moral« wird im Allgemeinen so verstanden, dass wir unsere eigenen Interessen gegenüber *anderen* Menschen zurückstellen sollen; das Wirtschaftsleben dagegen scheint von uns zu verlangen, dass wir systematisch das tun, was in unserem *eigenen* Interesse liegt; moralische Rücksichten seien da fast

## „Moral Sentiments“ (MS)

	I		II
<b>„Wealth of Nations“ (WN)</b>	MS und WN sind zwei selbstständige und nicht sinnvoll aufeinander beziehbare Werke.	WN löst die Ansprüche von MS <i>unter modernen Bedingungen</i> ein: »Nicht dem Wohlwollen des Bäckers« verdanken wir seine wohlschmeckenden Produkte. <sup>12</sup>	
	Smith hat seine Auffassung geändert: Überkommene Moralvorstellungen (MS) stehen der Durchsetzung der modernen Wirtschaft und Gesellschaft (WN) im Wege.	Smith hat seine Auffassung in MS nicht aufgegeben, sondern WN ist einfach ein Werk der deskriptiven Ökonomie, das MS systematisch voraussetzt.	
	IV		III

Abb. 2: Mögliche Beziehungen zwischen der „Theory of Moral Sentiments“ (MS) und „Wealth of Nations“ (WN) bei Smith

schon im Wege. Und dabei setzen wir ungeprüft voraus, dass es ohne Weiteres klar ist, was die Moral von uns in komplizierten Situationen verlangt – eine Voraussetzung, die man in komplexen modernen Gesellschaften ja durchaus bezweifeln darf. Wir können das Verhältnis der beiden Bücher zueinander bestimmen wie in *Abbildung 2* oben beschrieben. Die einzelnen Quadranten seien hier kurz kommentiert:

- *Quadrant I* unterschätzt Smith und verletzt eine Grundregel der Hermeneutik: Auch und vor allem bei Philosophen sollte man davon ausgehen, dass sie eine konsistente, also in sich stimmige Sicht der Wirklichkeit vertreten (können).
- *Quadrant II* geht davon aus, dass Smith die veränderten sozialen Bedingungen seiner Zeit erkannte und gewis-

sermaßen in Reaktion darauf eine mit moralischen Gesichtspunkten vereinbare ›Theorie der Marktwirtschaft‹ schreiben wollte.

- *Quadrant III* verlangt, dass wir die in WN beschriebene Ökonomie durch ›moralische Gefühle‹ steuern. Diese Deutung verlangt allerdings eine normative Lesart von MS.
- *Quadrant IV* setzt voraus, dass Smith mit WN in Reaktion auf die veränderten sozialen Bedingungen seiner Zeit einen grundlegenden konzeptionellen Neuanfang entwickeln wollte, der die Behauptungen von MS zurücknimmt.

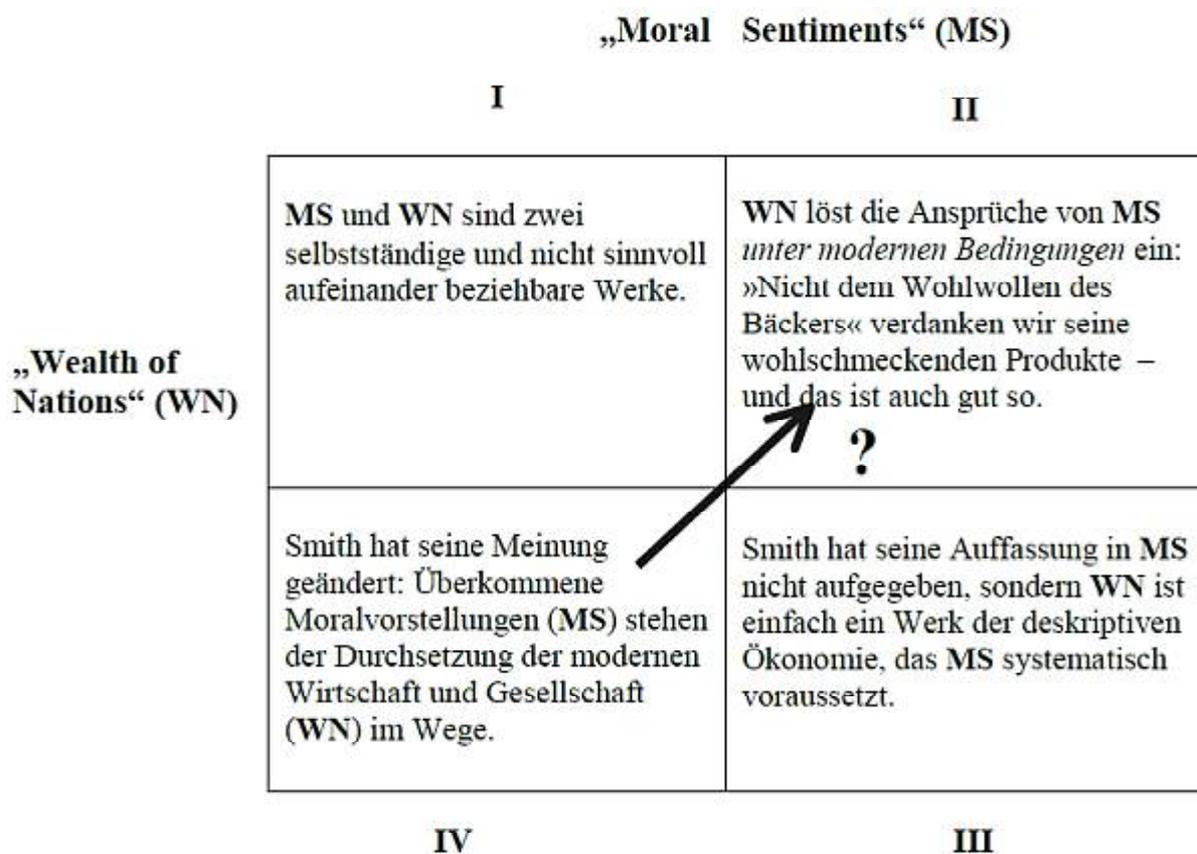
Wenn wir diese Problemstellung akzeptieren, dann scheint mir das wirtschaftsethische Grundproblem im Verhältnis der Quadranten II und IV zu liegen. Wir können es so formulieren:

*Inwieweit lassen sich unsere moralischen Gefühle mit den Erfordernissen einer modernen produktiven Wirtschaft in Einklang bringen?*

›Wirtschaftsethik‹ ist der Versuch, auf diese Frage eine systematische Antwort zu finden, die nicht hinter den von den Schottischen Moralphilosophen entwickelten Problemhorizont zurückfällt. Das bedeutet: Weder dürfen wir die Funktionsgesetzmäßigkeiten einer modernen Marktwirtschaft zugunsten moralisierender Gesichtspunkte vernachlässigen, noch dürfen wir diese Funktionsgesetzmäßigkeiten einer ethischen Beurteilung entziehen – jedenfalls dann, wenn wir von unseren Institutionen und Gewohnheiten verlangen, dass sie sich einem moralphilosophischen Stresstest stel-

len können sollten. Die Zielrichtung wirtschaftsethischer Argumentation lässt sich damit wie in *Abbildung 3* unten veranschaulichen.

Das von den Schottischen Moralphilosophen aufgeworfene Problem verschärft sich noch, wenn wir einen Blick auf die nachfolgende Wirtschaftsentwicklung werfen. Seit etwa 1820, also einige Jahre nach dem Ende der Napoleonischen Kriege, begannen einige der merkwürdigsten und folgenreichsten Entwicklungen der jüngeren Geschichte – nämlich die europaweite Industrialisierung sowie die dadurch mögliche allmähliche Hebung des Massenwohlstandes. Welche neue Dimension diese Entwicklung aufweist, macht *Abbildung 4* deutlich (s. nächste Seite):



*Abb. 3: Das Adam-Smith-Problem: Das Verhältnis von traditioneller Handlungsmoral und systemischer Markt-moral und ihre Probleme<sup>12</sup>*

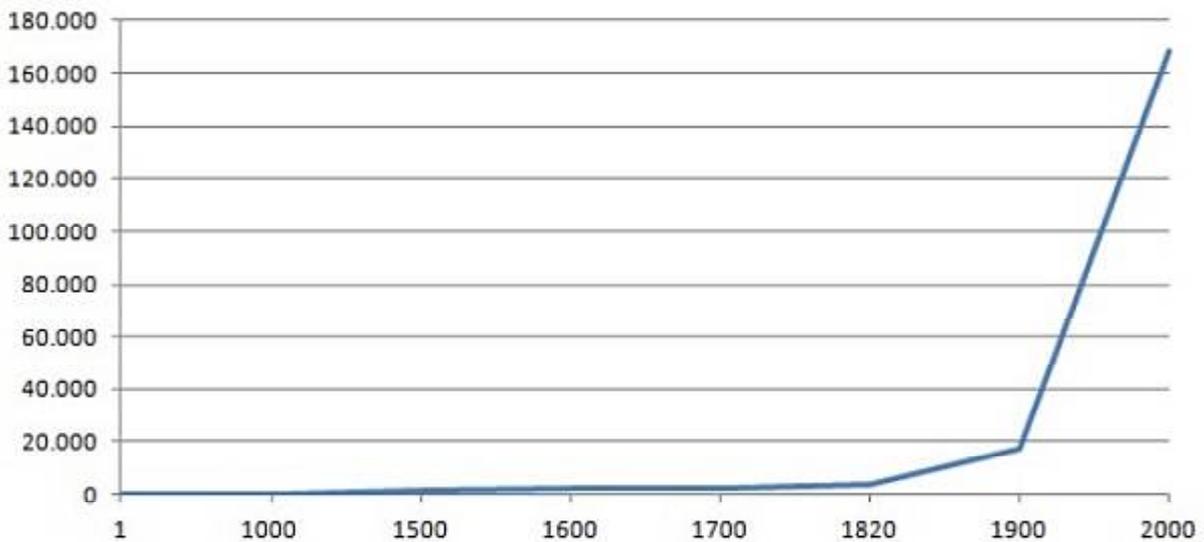


Abb. 4: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Zentraleuropa bis 2000 (in Geary-Khamis-Dollar)<sup>13</sup>

Die Grafik veranschaulicht eine Entwicklung, die von den Schottischen Moralphilosophen wahrscheinlich mit ungläubigem Staunen zur Kenntnis genommen worden wäre. Denn der leichte Anstieg in den Wachstumsraten ab 1700, der bereits von Hume und Smith zum Anlass genommen wurde, ihre bahnbrechenden Theorien zu entwickeln, wird von der Entwicklung ab 1820 und erst recht durch den steilen Anstieg seit 1900 völlig in den Schatten gestellt. Und damit sind wir bei zwei Problemen, die aller Aufmerksamkeit wert sind: *Wie war diese Entwicklung möglich?* Und: *Wie ist sie moralisch zu beurteilen?*

Aus seinem gemeinsam mit Friedrich Engels verfassten ›Kommunistischen Manifest‹ geht hervor, dass Karl Marx sich schon im Jahre 1848 der Dimension dieser Entwicklung in vollem Umfang bewusst war. Es gibt wohl kaum eine eindrucksvollere Hymne auf das Ausmaß und die (durchaus *auch* positiven!) Auswirkungen der sich im 19. Jahrhundert beschleunigenden industriellen Entwicklung als diese:

„Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. [...]

An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“<sup>14</sup>

Diese mit einer für Marx charakteristischen Mischung von Faszination und Abscheu vorgetragene Schilderung war der ungeheuren wirtschaftlichen Dynamik des 19. Jahrhunderts durchaus angemessen. Zu ihren unbeabsichtigten und moralisch problematischen Nebenwirkungen gehörte nämlich auch die (vorübergehende) Proletarisierung großer Bevölkerungsteile. Während in bäuerlichen Gemeinschaften früherer Zeiten familiäre und dörfliche Solidaritätsnetzwerke für die soziale Absicherung der Menschen bei Krankheit und im Alter sorgten, zerfielen diese Netzwerke unter dem Druck der starken Bevölkerungszunahme und der Wanderungsbewegungen in die Städte: Verelendungstendenzen waren die Folge. Hier galt es, neue institutionelle Lösungen zu finden, um die ›Lage der arbeitenden Klassen‹ systematisch zu verbessern.

Friedrich Jodl erwies sich in dieser Situation auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik als ein vergleichsweise unabhängiger und nicht selten auch urteilskräftiger Beobachter seiner Zeit: Unabhängig, weil er weder Marx noch Smith einfach folgte, sondern eine eigenständige, teilweise bis auf heutige Problemstellungen vorausweisende Perspektive einnahm; und urteilskräftig, weil er trotz aller zeitbedingten Irrtümer und Verengungen in einzelnen Punkten sogar wegweisende Vorschläge unterbreitet hat, die auch aus heutiger Sicht beachtenswert sind.

Im Folgenden werde ich im *zweiten* Abschnitt zunächst seine Position erläutern, wie er sie in seinem wirtschaftsethisch bedeutsamsten Aufsatz von 1885 mit dem Titel „Volkswirtschaftslehre und Ethik“ ausformuliert hat. Dabei geht es zunächst

um seine Interpretation des Werkes von Adam Smith. Danach wollen wir Jodls eigene Antwort auf die Frage untersuchen, wie sich Volkswirtschaftslehre und Ethik miteinander vermitteln lassen. Im *dritten* Abschnitt unterziehen wir die Ansichten Jodls einer kritischen Revision – wobei ›Kritik‹ bedeutet, auch seine aus heutiger Sicht wegweisenden Auffassungen angemessen zu würdigen. Und im abschließenden *vierten* Abschnitt werfe ich die Frage auf, ob Jodls Position intern konsistent ist – ob also alle Teile seiner wirtschaftsethischen Konzeption widerspruchsfrei zusammenpassen.

## **II. Ethik und Wirtschaft: Friedrich Jodls Position**

### **II.1 Adam Smith und die Folgen**

Obwohl am Ende des 19. Jahrhunderts die Ansicht an Boden gewann, erst Karl Marx habe die Politische Ökonomie auf eine gleichermaßen solide wissenschaftliche wie praxisrelevante Grundlage gestellt, sieht Friedrich Jodl das Hauptverdienst hierfür bei den Schottischen Moralphilosophen, insbesondere bei Adam Smith (1723-1790). Ihm sei es gelungen, „die Betrachtung des wirtschaftlichen Lebens vom Juristischen einerseits, vom Ethischen andererseits abzulösen und damit erst die Forschung nach den inneren Gesetzen und Lebensbedingungen dieses Kulturzweiges zu beginnen.“<sup>15</sup> Jodl fällt hinter die Einsicht Smiths in die Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften also nicht zurück: Er sieht klar, dass wir bei der Untersuchung der Funktionsgesetzmäßigkeiten des Marktes und seiner Einbindung in eine moderne Gesellschaft nicht

vorankommen können, wenn wir die handelnden Akteure ohne Weiteres moralisch bewerten – statt zunächst zu untersuchen, warum sie so handeln, wie sie handeln, und ob eigeninteressiertes Handeln unter bestimmten Voraussetzungen nicht doch einem gesellschaftlich erwünschten Zweck dienen kann.<sup>16</sup>

Eine solche Trennung zwischen Marktmechanismus und Moral bedeutet nicht, dass wir das Marktgeschehen nicht mehr unter einer moralischen Perspektive beurteilen dürften. Aber sie bedeutet, dass wir die Untersuchung der Funktionsgesetzmäßigkeiten der Wirtschaft, der ›Marktkräfte‹, von ihrer moralischen Bewertung *analytisch* trennen, um auf diese Weise der Gefahr zu entgehen, deskriptive und normative Aspekte, Tatsachenaussagen und Werturteile miteinander zu vermengen. Jodl schreibt:

„Die Gesetze, nach denen diese Kräfte wirken, zu erforschen, ist die Aufgabe der Wissenschaft vom Nationalreichtum, der Volkswirtschaftslehre.“<sup>17</sup>

Welcher Art sind nun die ›Kräfte‹, die in Märkten wirken? Wie kommen die erwünschten und unerwünschten Folgeerscheinungen des Markthandelns zustande? Mit seiner Antwort fällt Jodl zu Beginn seines Aufsatzes eine folgenschwere Theorieentscheidung:

„Will man das wirtschaftliche Leben der Völker verstehen, so muss man den Menschen als Egoisten betrachten und zu zeigen versuchen, wie alle die einzelnen, auf ihr wirtschaftliches Wohlergehen gerichteten Individualwillen den Mechanismus des Wirtschaftslebens in Bewegung setzen und in Gang erhalten. Das natürliche Streben jedes Menschen ist darauf gerichtet, seine Lage zu verbessern; jeder sucht also so billig und so gut wie möglich zu kaufen und so teuer und so schlecht wie möglich zu verkaufen; und die Be-

friedigung der Bedürfnisse auf der einen Seite, die Möglichkeit eines Gewinnes und der gesellschaftlichen Existenz auf der anderen Seite hängt ... von der ... gegenseitigen Regelung dieser beiden Tendenzen ab.“<sup>18</sup>

Man beachte, dass Jodl hier nicht von *eigeninteressiertem* Handeln spricht – was ja zumindest die Möglichkeit offen ließe, dass die Einzelnen ihr Interesse gerade darin sehen, anderen Gutes zu tun. Statt dessen unterstellt Jodl den Akteuren eine negativ konnotierte moralische Eigenschaft, die dann später auch zu tugendethischen Empfehlungen zu ihrer zivilisatorischen Eindämmung führen wird (vgl. unten, S. 39): den *Egoismus*. Neben diese moralphilosophische Vorentscheidung tritt eine konzeptionelle Behauptung von besonderer Tragweite: Jodl unterstellt Smith die Ansicht, die Staatstätigkeit müsse sich auf die Sicherung von Eigentumsrechten und die Sicherung des äußeren und inneren Friedens beschränken – was auf eine strenge Begrenzung der Staatstätigkeit hinausliefe, wie sie im 20. Jahrhundert etwa Robert Nozick mit moralischen Argumenten zu begründen versucht hat.<sup>19</sup> Jodl schreibt:

„Wenn ... das wirtschaftliche Leben einen Mechanismus darstellt, welcher sich durch die in ihm wirkenden Kräfte selbsttätig reguliert, so folgt weiter, dass jeder Eingriff in den natürlichen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung von außen her ein Übel ist. Auf das entschiedenste wendet sich daher die neue Lehre gegen den Staat, d.h. gegen jeden Versuch desselben, die Formen und Richtungen des wirtschaftlichen Lebens durch Gesetze bestimmen zu wollen. [...] Der Staat kann nichts weiter sein als die bewaffnete Macht, welche die Gesellschaft gegen jeden Akt der Gewalt von seiten anderer unabhängiger Gesellschaften schützt und die Sicherung der Verträge garantiert, durch welche die Menschen über ihr Eigentum und die Verwendung ihrer wirtschaftlichen Kräfte verfügen. Man kann von Staats wegen nicht vorschreiben, welche Gegenstände produziert wer-

den sollen, zu welchen Preisen der Produzent verkaufen dürfe, unter welchen Bedingungen es gestattet sein solle, Geld zu leihen oder zu verleihen. In allen diesen Dingen würde der Staat durch seine Intervention mehr schaden als nützen.“<sup>20</sup>

Und er resümiert: „Positive Dienste vermag der Staat der Gesellschaft nicht zu leisten; denn ... jedes Gesetz ... ist ein Angriff auf die Freiheit.“<sup>21</sup>

An diese libertäre Lesart Smiths knüpft Jodl zwei zivilisationstheoretisch und moralisch bedeutsame Feststellungen. Die erste lautet: Der Marktmechanismus besitzt eine positive *Kollektivwirkung*. Die Gesellschaft werde durch das Wirken unbeeinträchtigter Marktkräfte „auf eine immer höhere Stufe des Haushaltes, der Organisation und der Macht [!] emporgehoben“.<sup>22</sup> Die zweite Feststellung besagt: Dieser Kollektivvorteil werde erkaufte durch ein gravierendes *Individualrisiko*: Sowohl einzelne Unternehmen als auch einzelne Haushalte und Individuen liefen in einem Konkurrenzsystem Gefahr, in eine Lage zu kommen, in der sie nicht mehr ihre Rechnungen bezahlen können. Nach libertärer Ansicht (die Jodl hier Smith unterstellt, nicht nachweist) lässt sich an diesem Umstand jedoch nichts ändern, weil sonst die positive Kollektivwirkung des wirtschaftlichen Mechanismus beeinträchtigt werde: In der gleichen Weise, in der bankrotte Unternehmen nicht vom Staat gefördert werden dürften, weil so der wirtschaftliche Fortschritt in Richtung auf effizientere Produktionsmethoden blockiert werde, dürften auch Individuen nichts *vom Staat* erhoffen, wenn sie einmal in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen seien.<sup>23</sup> Jodl interpretiert Smith folgendermaßen:

„... ebensowenig können diejenigen ein Recht auf öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen, welche sich unfähig [sic] erweisen, an der großen Tafel der Gesellschaft einen nährenden Platz für sich zu gewinnen. Niemand hat einen Anspruch auf Existenz an die Gesellschaft, wenn er sich ihr nicht nützlich zu machen imstande ist ...“.<sup>24</sup>

Die in solchen Fällen gewährte staatliche Fürsorge vergrößere nur das Armutproblem, statt es zu beseitigen; und wollte man aus der öffentlichen Unterstützung gar ein einklagbares *Recht* machen, ließe das nur darauf hinaus, „die Leichtsinnigen, Trägen und Unbrauchbaren von dem Überschusse zu füttern, den sich die Vorsichtigen, Tätigen und nutzbringenden Glieder der Gesellschaft erworben haben“ – so die Darstellung Jodls vom Smithschen Liberalismus.

Doch natürlich weiß auch Jodl, dass Adam Smith etwa zwanzig Jahre vor seinem Werk über den ›Wohlstand der Nationen‹, aus dem er die soeben geschilderte Position herausgelesen haben will,<sup>25</sup> die ›Theorie der moralischen Gefühle‹ geschrieben hatte, in dem Smith den Menschen als mitfühlendes und empathisches Wesen schildert. Er steht jetzt also vor dem oben schon erläuterten Problem, diese beiden Bücher in einen konsistenten Zusammenhang zu bringen – will er Smith nicht einfach einen grundlegenden Sinneswandel unterstellen. Dieses Problem löst Jodl so, dass das moralphilosophische Werk die Gründe liefere sowie die Motivation beschreibe, den im Konkurrenzkampf des Marktes Gestrandeten zu Hilfe zu kommen. Da wir nach den Erkenntnissen Smiths in der ›Theorie der moralischen Gefühle‹ ja nicht nur „egoistische“ Menschen seien, sondern auch moralische Gefühle wie Mitleid und Sympathie für andere hegen,

werde nach Jodls Auffassung „ein Reich der Sitte Geltung behalten und die Nächstenliebe wenigstens die ärgsten Ausschreitungen des als Triebkraft im Wirtschaftsleben nun einmal unentbehrlichen Egoismus verhindern.“<sup>26</sup> Pointiert formuliert: Die moralischen Ressourcen einer Gesellschaft werden zum Puffer einer seelenlosen, aber höchst effizienten und zivilisatorisch sogar erforderlichen Ökonomie. Sie bringe den Menschen als Gattungswesen optimal voran – was ja gerade aus humanistischer Sicht kein vernachlässigbarer Gesichtspunkt ist.

Allerdings weist Jodl auch darauf hin, dass diese Position (›Moral als Reparaturbetrieb des Kapitalismus‹) alles andere als selbstverständlich ist: Radikalere Markttheoretiker wie Frédéric Bastiat<sup>27</sup> hätten sogar diese moralistischen Flecken aus der Marktgesellschaft entfernen wollen. Jodl fasst die sozialdarwinistische Position der an Bastiat orientierten radikalen Theoretiker so zusammen: Warum sollte es in der Gesellschaft anders zugehen als in der Natur? Habe nicht Darwin überzeugend gezeigt, dass organismische Höherentwicklung nun mal an die Ausmerzungen von Individuen und Populationen gebunden sei? Jodl beschreibt ihre Position so:

„In diesem Kampfe erhält sich nur dasjenige, was bestimmten Zwecken und Verhältnissen sich anzupassen, hierfür speziell sich zu organisieren und nach der von den Umständen geforderten Richtung zu vervollkommen imstande ist. Das Unpassende, für den Kampf Untüchtige, geht zugrunde ... Hiermit war erst der Schlussstein in das ganze Gebäude gefügt: das Prinzip der Selbstbehauptung und des Egoismus als Haupthebel des kosmisch-universellen Fortschrittes nachgewiesen.“<sup>28</sup>

Soweit also die Darstellung Jodls von der wirtschaftsethischen Position Adam Smiths und seiner Nachfolger. Wir werden sie in Abschnitt III.1 einer kritischen Betrachtung unterziehen. Zunächst gilt es jedoch, sich zu fragen, welche alternativen Vorstellungen Jodl nun zum Zusammenhang von Volkswirtschaftslehre und Ethik entwickelt. Dabei wollen wir in Abschnitt II.2 eher grundsätzliche Probleme diskutieren, während Abschnitt III.2 auf Jodls konkrete sozial- und gesellschaftspolitischen Vorschläge eingeht.

## **II.2 Jodls Konzept einer moralisch gezügelten Wachstumswirtschaft**

Wenn wir vom heutigen Standpunkt aus den „Optimismus“<sup>29</sup> zu prüfen hätten, den Jodl bei seinen liberal gesinnten Zeitgenossen am Werke sah, würden wir ihn im Großen und Ganzen für berechtigt halten dürfen. Überall dort, wo sich liberale Prinzipien der wirtschaftlichen Organisation durchsetzen konnten, ist der Wohlstand im 20. Jahrhundert auf eine damals kaum für möglich gehaltene Weise gestiegen – getrieben und verstärkt durch die zahlreichen technisch-wissenschaftlichen *und* institutionellen Innovationen, die in diesem Zeitraum durch Forscherdrang, menschliche Wünsche und auch militärische Konkurrenz entstanden sind.

Dies alles war um 1870 für den gebildeten Zeitgenossen noch kaum absehbar. Im Gegenteil: Der sich allmählich immer mehr beschleunigende wirtschaftliche Aufschwung, den Wirtschaftshistoriker seit 1820 konstatieren, wurde für den damaligen Beobachter von einem geradezu dramatisch zu nennenden Bevölkerungs-

wachstum<sup>30</sup> verdeckt: Die wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft wurde zunächst von einer entsprechend stark wachsenden Bevölkerung absorbiert, so dass bei weitem nicht alle Menschen über längere Zeiträume in den Genuss von Reallohnzuwächsen kommen konnten. Immerhin boten die Städte der stark angewachsenen Landbevölkerung eine Überlebenschance; das erklärt den massenhaften Zuzug in die Städte, wie wir ihn auch heutzutage in vielen Entwicklungsländern beobachten können. Aber die teilweise elenden Lebensverhältnisse der Menschen boten den Zeitgenossen immer noch genügend Gründe, über Ursachen und Vermeidbarkeit dieser Entwicklung nachzudenken. Kurz: Die ›soziale Frage‹ war geboren.<sup>31</sup>

Es ist kein Zufall, dass sich Wissenschaftler *und* Moralisten mit dieser ›sozialen Frage‹ beschäftigten; denn man kann einem gesellschaftlichen Missstand ja im Prinzip durch zwei grundsätzlich verschiedene Strategien begegnen. Entweder schreibt man ihn einem *Moralversagen* zu; dann wird man versuchen, den jeweiligen Missstand dadurch zu beseitigen, dass man durch Aufklärung, Information und notfalls auch durch Propaganda bestimmte moralische Ideale in den Köpfen und Herzen der Menschen verankert. Oder man schreibt gesellschaftliche Übel einem *Theorieversagen* zu; dann sind sie Ausdruck (nicht mangelnden ›Guten Willens‹, sondern) mangelnder Einsicht in gesellschaftliche Funktionsmechanismen und die *tatsächlichen* Ursachen gesellschaftlicher Übel. Das legt nahe, nicht Moral zu predigen, sondern Wissenschaft zu treiben; und im Erfolgsfall kann man dann die jeweiligen moralischen Ideale durch

eine erkenntniskompatible Änderung von Rechten und Regeln zur Geltung bringen, ohne dass diese Ideale für die einzelnen Akteure handlungswirksam sein müssen. Einfacher gesagt: In einem funktionierenden Konkurrenzsystem bin ich gerade aus Eigeninteresse gut beraten, den potentiellen Kunden gewissermaßen die Wünsche von den Augen abzulesen.

Welche Position nimmt nun Friedrich Jodl bei der Beantwortung dieser ›sozialen Frage‹ ein? Wenn man sich über seine Antwort klar zu werden versucht, fällt zunächst auf, dass er *beide* Strategien ins Auge fasst. Seine Antwort, die auf ein *Theorieversagen* abstellt, lautet:

„Ist der Optimismus jener volkswirtschaftlichen Doktrin [des Liberalismus, G.E.] berechtigt; sind die Erfahrungen, welche das Jahrhundert zwischen 1766 und 1866 mit den Wirkungen jener Doktrin, soweit sie in die Praxis umgesetzt worden ist, gemacht hat, derart, um als Stütze der Theorie gelten zu können?“ – Nein. – „... die gemachten Erfahrungen, wie kurz sie teilweise sein mögen, sind inhaltsschwer, und sie genügen, um den Beweis zu liefern, dass die Hoffnung, aus dem sich selbst überlassenen und lediglich vom Egoismus geleiteten Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens ein Reich der Glückseligkeit und des allgemeinen Fortschrittes erblühen zu sehen, nur eine Illusion ist.“<sup>32</sup>

Und noch deutlicher:

„Jener naturalistische Optimismus ..., welcher die Wirksamkeit sittlich-idealer Kräfte durch den völlig sich selbst und seinen immanenten Gesetzen überlassenen Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens ersetzen zu können glaubt, erweist sich den Tatsachen der modernen Wirtschaftsgeschichte gegenüber als durchaus unhaltbar ...“<sup>33</sup>

Für Jodl hat demnach die ›Doktrin des Liberalismus‹ *theoretisch* versagt – also erstens die Annahme, dass wir uns, wie Adam Smith es ausdrückte, unter Wett-

bewerbsbedingungen (!) auf das Eigeninteresse des Bäckers verlassen dürfen, um von ihm angemessen und gut ernährt zu werden, und uns dafür nicht auf seine ›sittlich-idealen Kräfte‹ verlassen müssen, sowie zweitens die Annahme, dass sich durch die ›Unsichtbare Hand‹<sup>34</sup> individueller Marktentscheidungen auch gesamtgesellschaftlich alles zum Guten fügen werde. Das Wirkungsgefüge des Marktes führe im Großen und Ganzen nämlich gerade *nicht* zu den Ergebnissen, die seine Vertreter in Aussicht gestellt hatten.

Leider erfahren wir nicht näher, welche „Tatsachen der Wirtschaftsgeschichte“ diesem Optimismus widersprechen; der Begriff ›Tatsache‹ setzt, wissenschaftstheoretisch gesehen, ja eine bestimmte Theorie (und eine Beobachtungstheorie) voraus: ›nackte Tatsachen‹ gibt es nur für Positivisten.<sup>35</sup> Und so ist zu befürchten, dass der Philosoph Jodl hier angesichts der frühkapitalistischen Verhältnisse einem verbreiteten Gefühl Ausdruck verlieh, aber nicht die möglichen Alternativen zu seiner Sichtweise in Betracht zog – etwa: Massenarmut statt Massensterben; Massenarmut als kurzfristig notwendiges Durchgangsstadium einer überbevölkerten und unterkapitalisierten Industriegesellschaft im Anfangsstadium; staatliche Fehlsteuerungen und institutionelle Defizite; entgegen dem bloßen Augenschein allmählich wachsende Durchschnittseinkommen; fehlendes Wissen (nicht: fehlende Moral!); die sich beschleunigende, zivilisatorisch (und humanistisch!) wichtige Innovationsdynamik; und anderes mehr.

Es wirkt daher wie eine unfreiwillige Bestätigung der These Max Webers, dass Werturteile mangelnde Kenntnisse signalisie-

ren,<sup>36</sup> wenn Jodl im verbleibenden Teil seines Aufsatzes der moralischen Verurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit ungewöhnlich viel Raum widmet. Hier schreibt er die angeprangerten Umstände nicht mehr einem Theorie-, sondern einem *Moralversagen* zu. Dieses Moralversagen äußert sich allerdings *nicht* in der individuellen Gleichgültigkeit gegenüber der zeitgenössischen Massenarmut; sie äußert sich auch nicht darin, dass wir uns leider unfähig zeigen würden, innerhalb des „sozialen Daseinskampfes die ernste Stimme der sittlichen Pflicht“ zu vernehmen, die uns dazu bringen will, die Ungleichheit der Einkommen zu reduzieren; oder dass wir in schuldhafter Weise unwillig seien, zwischen dem „volkswirtschaftlich unbestreitbaren“ Satz „Alle Arbeit ist Ware“ und dem ethischen „Fundamentalprinzip »Kein Mensch ist bloß Mittel«“ einen „Ausgleich“ zu schaffen, wie Jodl es formuliert.<sup>37</sup> Seine Kritik setzt tiefer an – nämlich bei der grundsätzlichen Frage, „ob denn jene volkswirtschaftliche Forderung, die Entwicklung der Menschheit zu fördern, indem man [!] ihre Bedürfnisse steigert, irgendeinen Anspruch habe, als oberster und ausschließlicher Grundsatz zu gelten.“<sup>38</sup> Kurz: Es geht hier (im Jahre 1885!) um die *Grenzen des Wachstums* und damit um die Ethik (nicht nur als Puffer, sondern) als *Prellbock* gegen ein ›überbordendes‹ Wachstum.<sup>39</sup>

Gewiss: Für Jodl ist es unbestreitbar, dass das moderne Wirtschaftssystem in jedem Augenblick zahllose Bedürfnisse zahlloser Menschen befriedige, und es sei ebenso richtig, dass erst die Industrialisierung die „ungemein starke Vermehrung der Bevölkerung gestattet“ habe.<sup>40</sup> Aber für ihn stellt sich die wirtschaftsethisch entscheidende

Frage nicht in quantitativem, sondern in qualitativem Sinn – ähnlich wie 80 Jahre später für den Sozialpsychologen und Philosophen Erich Fromm: *Haben oder Sein?*<sup>41</sup> Oder mit Friedrich Jodls Worten:

„Es ist eine traurige, aber allbekannte Wahrheit, dass unsere Zeit, ausgerüstet mit den ungeheuersten Mitteln des Genusses, das wirkliche Genießen kaum versteht, weil sie alles von außen erwartet, weil die Vorbereitungen zum Genusse so umständlich geworden sind, dass sie immer schon drei Viertel des Genusses selbst verschlingen [...]. Hier ist auf keine Besserung zu hoffen, solange jenes volkswirtschaftliche Axiom von der notwendigen beständigen Steigerung der Bedürfnisse bei Gebildeten wie Ungebildeten, Besitzenden wie Nichtbesitzenden, als ein selbstverständlicher Grundsatz praktischer Lebenshaltung gilt.“<sup>42</sup>

Und dann folgt jener Abschnitt, der Jodl als einen Verzichtsethiker im Interesse republikanischen Bewusstseins kennzeichnet:

„Wer seinen Bedürfnissen beständig zu wachsen gestattet, dessen Seele wird unvermeidlich zu eng für wirklich frohes Behagen, und dessen Besitz ist unter allen Umständen zu klein, um ihm ein Opfer für öffentliche Zwecke und für die Gesamtheit zu gestatten. Auch hier stoßen wir auf einen tiefgreifenden Widerspruch zwischen Volkswirtschaftslehre und Ethik, der nach Ausgleich verlangt.“<sup>43</sup>

Es ist also nicht nur so, dass unser moralisches Empfinden angesichts der wachsenden Ungleichheit der materiellen Lebensverhältnisse abzustumpfen droht, wie sie die moderne Konkurrenzgesellschaft erzeuge; vielmehr würde unser moralisches Versagen schon bei der Frage beginnen, ob wir uns überhaupt auf den ›Wachstumswahn der Konkurrenzgesellschaft‹ einlassen sollten: Bloßes Wachstum könne nämlich die ›eigentlichen Bedürfnisse‹ des Menschen gar nicht befrie-

digen. Kurz: Es gehe darum, nicht äußere, sondern „innere Güter“ schätzen zu lernen; und das sei keine bürgerliche Marotte, sondern entspringe dem gemeinsamen moralischen Erfahrungshorizont der Menschheit:

„... die Ethik aller Zeiten hat die Menschheit gelehrt, ihre Bedürfnisse zu beschränken und in der Bedürfnislosigkeit ein Glück zu suchen, das sich immer weiter zurückzieht, je mehr der Kreis dessen, was zum Leben begehrenswert erscheint, sich erweitert. [...] In Wahrheit kann es kaum größere Gegensätze geben als jene heitere Genügsamkeit, jene sinnvolle Selbstbeschränkung des Daseins, welche Epikurs Freundeskreis und seine Schule kennzeichnete, und die in vielen Kreisen unserer modernen Kultur herrschende Lebenshaltung.“<sup>44</sup>

Zwei Dinge seien daher nötig, um dem von Jodl konstatierten kollektiven Moralversagen der Gesellschaft entgegenzuwirken: die Adellung der produktiven Arbeit durch ein „Bewusstsein idealer Zwecke der Gemeinschaft“ sowie eine Ethik der „Selbstbeschränkung“,<sup>45</sup> die im Verzicht wieder einen Gewinn zu sehen lehre. »Weniger ist mehr« könnte ein heutiger Jodl-Anhänger sagen – und sich des Beifalls wachstumskritischer Zirkel sicher sein.

Jodls sonstige, teilweise sogar wegweisenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ideen stehen mit dieser grundsätzlichen Ablehnung der Innovationsdynamik moderner Marktwirtschaften in keinem systematischen Zusammenhang. Wir wollen sie daher erst in Abschnitt III.2 erörtern und wenden uns zunächst seiner Deutung von Adam Smiths Liberalismus zu.

### III. Jodls Fehlleistungen – und Errungenschaften

#### III.1. Die Smith-Interpretation

Überrascht können wir feststellen: Jodl war nicht nur einer der ersten Wachstumskritiker, sondern wohl auch der erste typische Kritiker dessen, was heutzutage »Neoliberalismus« genannt wird.<sup>46</sup> Er gibt zunächst zu, in seiner Arbeit von 1885 die Nationalökonomie Adam Smiths nur „in einer flüchtigen Skizze“ gewürdigt zu haben, und kritisiert dann (leider ohne fachwissenschaftlich untermauerte Argumente) die „herrschende“ Orientierung der Wirtschaftspolitik an Smiths Liberalismus.<sup>47</sup> Doch auch wenn 130 Jahre nach Jodl immer noch die gleichen Argumente vorgebracht werden, gewinnen sie dadurch nicht an hermeneutischer und wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit.

Beginnen wir mit seiner schon zitierten Feststellung: „Positive Dienste vermag der Staat der Gesellschaft nicht zu leisten; denn ... jedes Gesetz ... ist ein Angriff auf die Freiheit.“ Hätte Smith eine solche Aussage als „Inbegriff seiner Gedanken“ akzeptiert?<sup>48</sup>

Nein. Wir wollen das an einem humanistisch relevanten Beispiel näher prüfen, nämlich der (Aus-)Bildung. Der erste und, systematisch gesehen, wichtigste Punkt ist hier die Tatsache, dass Smith sehr wohl den Zusammenhang von Wirtschaft, Bildung und Ausbildung erkannt und daraus eine wichtige Funktion des Staates abgeleitet hat. Hier sind vor allem folgende Erkenntnisse einschlägig:

– Erstens brauchen Menschen *Bildung*, um *ausbildungsfähig* zu werden – wobei ich hier unter ›Bildung‹ ein Wissen verstehe, das sie mit möglichst vielen *gemeinsam* haben. Dazu gehören Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und (einfaches) Rechnen, aber auch die mit Recht so genannte ›Allgemeine Bildung‹. Sie ermöglicht es, sich in der Welt zurechtzufinden oder auch ein zivilisiertes und umsichtiges Gespräch jenseits von Wetter, Küche und Krankheiten zu führen.<sup>49</sup>

– Zweitens brauchen Menschen auch *Ausbildung* – also ein Wissen, das sie mit den meisten anderen *nicht* gemeinsam haben. Gerade in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist der Wohlstand eine zentrale Funktion dieses Ausbildungswissens.

Das Problem lautet: Wer sollte das alles bezahlen (müssen)? Die libertäre Antwort würde hier lauten: Der Einzelne und seine Familie nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt.“ Und wer das Geld nicht aufbringen kann, sollte dafür eben Kredite aufnehmen und sie dann ›später zurückzahlen‹.

Aber der ökonomische Teufel steckt eben auch hier im Detail. Beide Formen des Wissens sind nämlich in einem wichtigen Punkt nicht vergleichbar: ihrer *Kreditierungsfähigkeit*. Zwar kann man sich vorstellen, dass die Kosten einer Universitäts- oder Meisterausbildung von privaten Geldgebern vorfinanziert werden; hier kann man die Risiken ungefähr abschätzen, und Investitions- und Ertragsphase stehen in einem akzeptablen Verhältnis zueinander. Aber der Staat als Anbieter von Ausbildungskrediten kann niedrigere Zinssätze bieten und verfügt aus eigener Kraft über

einen Sanktionsmechanismus gegenüber säumigen Rückzahlern.

Im Bereich der Primar- und Sekundarstufenbildung werden wir allerdings *keine* privaten Kreditgeber finden. Sie müssten nämlich, um ihre Risiken vertretbar zu halten, die Zahlungsfähigkeit eines Menschen in 20, 30 oder gar 40 Jahren einigermaßen zuverlässig abschätzen können. Das können sie selbstverständlich nicht; und daher gäbe es niemanden, der bereit wäre, sein Geld in so etwas Unberechenbares wie einen Menschen zu investieren, der gerade mal den Windeln entwachsen ist. Für dieses Segment der Bildungsfinanzierung gäbe es also keine Anbieter. Und die Nachfrager? Nun: Wer aus seinem monatlichen Einkommen kaum etwas für nicht lebensnotwendige Zwecke abzweigen könnte, fiel schon deshalb als Nachfrager aus. Das bedeutet: Auch die Nachfrageseite des Bildungsmarktes wäre allenfalls durch Menschen besetzt, die es sich leisten können. Ein breitgefächertes Bildungsmarkt käme so nicht zustande.<sup>50</sup>

Hier hat nun der Staat, wie schon Smith wusste, eine zentrale Aufgabe. Indem er durch die Erhebung von Steuern (und das bedeutet: durch die Einschränkung individueller Freiheit!) kollektive Mittel bereitstellt, verteilt er die Risiken der Bildung auf die gesamte Gesellschaft und *schafft* dadurch erst einen Bildungsmarkt.<sup>51</sup> Er tut das gerade im Interesse derer, die man heutzutage »unterprivilegiert« nennt. Wir lesen bei Smith:

„In einer entwickelten und kommerzialisierten Gesellschaft sollte sich die Öffentlichkeit vielleicht mehr um die Erziehung des einfachen Volkes kümmern als um die der oberen Schicht. [...] [Menschen] aus der unteren Schicht ... haben

nur wenig freie Zeit für ihre Ausbildung. Ihre Eltern können sie selbst während der Kindheit kaum unterhalten, und sobald sie arbeitsfähig sind, müssen sie sich eine Beschäftigung suchen, um ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.“<sup>52</sup>

Dieses Argument klärt die *ökonomische* Seite des Bildungsproblems: Die Gesellschaft steht sich umso besser, je weniger weit die ›Schere zwischen ungebildet und (aus-)gebildet‹ geöffnet ist.<sup>53</sup> Aber der Moralphilosoph Smith hat natürlich mehr als nur ökonomische Argumente zu bieten. Als Theoretiker der sich erstmals entwickelnden modernen Marktwirtschaft war ihm bewusst, dass die wohlstandsschaffende Arbeitsteilung auch humane Kosten mit sich bringt. Dem staatlichen Bildungswesen wächst daher auch eine erstrangige *anthropologische* Aufgabe zu. Smith schreibt:

„Mit fortschreitender Arbeitsteilung wird die Tätigkeit der überwiegenden Mehrheit derjenigen, die von ihrer Arbeit leben, also der Masse des Volkes, nach und nach auf einige wenige Arbeitsgänge eingeengt, oftmals auf nur einen oder zwei.<sup>[54]</sup> Nun formt aber die Alltagsbeschäftigung ganz zwangsläufig das Verständnis der meisten Menschen. Jemand, der tagtäglich nur wenige einfache Handgriffe ausführt, die zudem immer das gleiche oder ein ähnliches Ergebnis haben, hat keinerlei Gelegenheit, seinen Verstand zu üben. Denn da Hindernisse nicht auftreten, braucht er sich auch über deren Beseitigung keine Gedanken zu machen. So ist es ganz natürlich, dass er verlernt, seinen Verstand zu gebrauchen, und so stumpfsinnig und einfältig wird, wie ein menschliches Wesen nur eben werden kann. [...] Dies aber ist die Lage, in welche die Schicht der Arbeiter, also die Masse des Volkes, in jeder entwickelten und zivilisierten Gesellschaft unweigerlich gerät, *wenn der Staat nichts unternimmt, sie zu verhindern.*“<sup>55</sup>

Und schließlich erfährt staatlich ermöglichte Bildung bei Smith auch eine *gesellschaftspolitische* Begründung. *Wir alle*

leben nämlich lieber in einer Gesellschaft, in der möglichst viele Menschen alphabetisiert sind, und noch lieber in einer Gesellschaft, in der sie diese Kulturtechnik auch erfolgreich angewendet haben. Wir lesen bei Smith über die allgemeinen Vorteile der Volksbildung:

„Selbst wenn der Staat als solcher keinen Vorteil von der Schulausbildung für Menschen aus den niederen Schichten haben sollte, so müsste er dennoch daran interessiert sein, dass sie nicht Analphabeten bleiben. Tatsächlich aber zieht er nicht unbeträchtlichen Nutzen daraus. Denn je gebildeter die Bürger sind, desto weniger werden sie Täuschungen, Schwärmerei und Aberglauben ausgesetzt, die in rückständigen Ländern häufig zu den schrecklichsten Wirren führen. Außerdem ist ein aufgeklärtes und kluges Volk stets zurückhaltender, ordentlicher und zuverlässiger als ein unwissendes und ungebildetes.“<sup>56</sup>

Man beachte, dass Smith hier immer nur über die staatliche *Verantwortung* für das Bildungswesen spricht, nicht jedoch über dessen staatliche *Veranstaltung*. Sein Buch enthält einige sehr harsche Bemerkungen über die Qualität staatlicher Schulen und die Leistungsbereitschaft fest besoldeter Lehrer – vielleicht ein weiterer Grund dafür, warum er bei Pädagogen (und Journalisten) nicht gerade wohlgeht. Das ändert aber nichts daran, dass für ihn das Bildungswesen eine genuine staatliche Aufgabe darstellt – und zwar, wie gezeigt, aus ökonomischer, aus anthropologischer *und* aus gesellschaftspolitischer Sicht.<sup>57</sup>

Welche anderen Staatsaufgaben nennt Smith? Vor 40 Jahren haben Eberhard Wille und Martin Gläser<sup>58</sup> diese Frage so beantwortet:

- Kein Staat ohne die *Sicherung nach außen*. Er benötigt also von seinen Bürgern Ressourcen, um die Ver-

teidigung organisieren und bezahlen zu können. Sie war und ist eine notwendige Bedingung der Freiheit.

– Das Gleiche gilt für die *innere Sicherheit*: Wer sich nicht sicher sein kann, dass das Erarbeitete auch morgen noch ihm selbst gehört und nicht Räubern, Dieben und Betrügern, muss sich leider so etwas wie einer ›Inneren Sicherheitssteuer‹ unterwerfen. Auch sie ist eine notwendige Bedingung der Freiheit.

– Der Staat muss die *Marktordnung sichern*. Für Smith hieß das vor allem: Die Zünfte müssen entmachtet und im Interesse aller der inländischen und ausländischen Konkurrenz ausgesetzt werden. Heutzutage können wir die positiven Auswirkungen der Konkurrenz auf Preise und Qualität am Beispiel der Freigabe der Telefonmärkte studieren.

– Der Staat muss ferner *Preisabsprachen verhindern*. Produzenten werden nämlich immer versuchen, dem Druck des Wettbewerbs zu entkommen und höhere Preise am Markt durchzusetzen, als die Konsumenten ihnen freiwillig zugestehen würden. In autoritären Staaten gilt das Treffen zweier Menschen noch als Beisammensein; kommen hingegen drei Menschen zusammen, ist Wachsamkeit am Platze. Ganz ähnlich war für Smith das Zusammentreffen dreier Unternehmer aus der gleichen Branche ein zuverlässiger Indikator für eine Verschwörung gegen den Konsumenten. Daher ist auch ein Kartellamt im Interesse aller.<sup>59</sup>

– Es kann aber auch im Interesse aller sein, für eine gewisse Zeit Monopole zu *erlauben* – etwa bei riskanten oder teuren Produktionsverfahren. In solchen Fällen kann der Staat mit Hilfe

des *Patentrechts* für einen zeitlich begrenzten Schutz des Produzenten sorgen – und damit Innovationen fördern. – Produzierte Waren müssen ihren Weg zum Konsumenten finden, Vorprodukte den Weg zum Produzenten. Eine prosperierende Wirtschaft verlangt also eine funktionierende *Infrastruktur*. Ihre Finanzierung durch die Erhebung in Mautstellen entspräche zwar dem Grundsatz „Wer bestellt, zahlt“, wäre aber unwirtschaftlich und zeitintensiv; daher stehen sich (außer in bautechnischen Ausnahmefällen) alle besser, wenn der Staat für die kollektive Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen (auch der Bebauungsflächen!) sorgt. Eine funktionierende Infrastruktur ist also eine notwendige Bedingung für nachhaltige Prosperität.<sup>60</sup>

– Der Staat muss eine *Rechtsaufsicht* über zivilrechtliche Verträge führen. Schließlich tragen wir alle die Verantwortung dafür, dass es zu keinen Ausbeutungsverträgen kommt. Obwohl die bürgerliche Freiheit zu einem sehr großen Teil aus der Vertragsfreiheit besteht, kann und wird auch diese Freiheit missbraucht werden. Was zivilrechtlich erlaubt ist und was nicht – auch das regelt der Staat als Beauftragter der Gesellschaft.

– Und schließlich wäre noch das *Geldmonopol* zu nennen. Auch hier stehen sich in der Regel alle besser, wenn es eine einheitliche Währung gibt, mit der man flächendeckend seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann – was eine Zentralbank voraussetzt, die vor allem an der Geldwertstabilität orientiert ist und nicht den Weisungen der Regierung untersteht.

Staatliche *Verantwortung* bedeutet, wie gesagt, aber nicht immer auch staatliche *Durchführung*. Würde Smith heute leben, könnte er uns eine lange Liste von Projekten vorlegen (vielleicht beginnend mit der Elbphilharmonie und dem Berliner Hauptstadtflughafen), für die es vielleicht gute gesellschaftliche Gründe geben mag; aber wenn man den Einfluss der Politik nach der Auftragserteilung nicht begrenzt, kann man sie schnell in eine kabaretttaugliche Lage manövrieren.

Wir sehen jedenfalls: Was Jodl in seiner Arbeit von 1885 für Smiths Auffassungen ausgibt, hat mit Smiths Auffassungen kaum etwas zu tun. Doch warum hat er sich damals auf eine so oberflächliche, ja parteiische Weise mit Smith auseinandergesetzt? Diese Frage erhält noch zusätzliches Gewicht, wenn man bedenkt, dass Jodl drei Jahre früher im Rahmen seiner zweibändigen ›Geschichte der Ethik‹ eine deutlich abgewogenere und sachlich zutreffendere Darstellung von Smiths Ideen gegeben hat. Wir lesen dort unter der Überschrift „Ethik und Volkswirtschaftslehre“:

„Denn, wie wir heute auch von den Wirkungen denken mögen, welche das von Smith verkündete Prinzip der freien Konkurrenz auf die Wohlfahrt der Völker ausübt – darüber kann kein Zweifel sein, dass Smith dieses System gerade aus dem Gesichtspunkte der Humanität, der Volkswohlfahrt, gefordert und dem zu seiner Zeit herrschenden Merkantil- und Monopolsystem gegenübergestellt hat, an welchem er tadelt, dass es das Wohl der Großen und Mächtigen begünstige, die Interessen der Kleinen und Armen unterdrücke. Er verlangt die freie Konkurrenz, weil sie das einzig Gerechte und allein geeignet sei, die wirtschaftliche Lage der Armen und Niedrigen zu sichern, den Gegensatz der Klasseninteressen zu mildern und sie mit dem Interesse der Gesellschaft im ganzen zu versöhnen.“<sup>61</sup>

So ist es. Aber wie ist dann die hermeneutische Fehlleistung von 1885 zu erklären?

Vielleicht hilft hier ein Blick auf die Zeitgeschichte. Jodls Publikation „Volkswirtschaftslehre und Ethik“ von 1885 erschien in der Reihe „Deutsche Zeit- und Streitfragen“. Hier ging es offensichtlich nicht um hermeneutisch korrekte Interpretationen, sondern um politische Parteinahme. Zu den damals viel diskutierten „Zeitfragen“ gehörte nämlich auch, wie man sich zu den ›Sozialistengesetzen‹ Bismarcks stellen sollte, die, so ihr Titel, »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« gerichtet waren und auf ein politisches Betätigungsverbot hinausliefen. Sie waren am 19. Oktober 1878 mit der konservativ-nationalliberalen (!) Reichstagsmehrheit verabschiedet worden und waren seitdem heiß umstritten. Fünf Jahre nach Jodls Aufsatz, nämlich am 25. Januar 1890, wurden sie abgeschafft und die Deutsche Sozialdemokratie damit zur akzeptierten politischen Kraft.

Es liegt nun nahe, den im Vorfeld erschienenen Aufsatz Jodls nicht als seriöse Darstellung von Adam Smiths Politischer Ökonomie und des Problems ›Volkswirtschaftslehre und Ethik‹ zu lesen, sondern als Kampfschrift, in der es auch um politische Parteinahme<sup>62</sup> zur Schwächung des nationalliberalen Gegners ging, der den ›Sozialistengesetzen‹ zugestimmt hatte. Das ist umso bedauerlicher, als es gerade Adam Smith war, der in seiner ›Theorie der ethischen Gefühle‹ den besonderen moralischen Wert der Unparteilichkeit, des ›impartial spectator‹, betont hatte.<sup>63</sup>

All dies könnte seiner langfristigen Wirkung abträglich gewesen sein. In einer zusammenfassenden sozialphilosophischen Arbeit zur ›sozialen Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts‹ aus dem Jahre 1910 wird Friedrich Jodl mit keinem Wort erwähnt – außer als Mitherausgeber der Schriften Ludwig Feuerbachs.<sup>64</sup>

### III.2. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

*Wie soll es gemacht werden, dass Volkswirtschaftslehre und Ethik in engere Berührung und Wechselwirkung treten und die volkswirtschaftliche Praxis unseren sittlichen Forderungen weniger grell widerspreche?*

Friedrich Jodl

Die vorangegangenen kritischen Bemerkungen sollten nicht davon ablenken, dass Jodl auch einige wegweisende wirtschaftsethisch relevante Ideen formuliert hat, denen wir uns nun zuwenden wollen. Ich konzentriere mich dabei auf drei Punkte.

#### *1. Der Markt als Instrument und Spielregel*

Im ›Kampf der Weltanschauungen‹ des 19. Jahrhunderts, den er als Kampf zwischen Religion und Wissenschaft auffassete, hat Jodl sich auf der ›wissenschaftlichen‹ Seite positioniert. Unabhängig davon, ob seine Entgegensetzung von wissenschaftlicher und religiöser Weltauffassung sinnvoll und erschöpfend ist,<sup>65</sup> erklärt sich so seine Abneigung auch gegen säkulare Heilsversprechen – seien sie nun marxistisch-sozialistischer oder liberaler Prägung. Das bedeutet: Nach seiner Auffassung dürfen wir von der Zukunft weder den Eintritt in ein weltliches Paradies nach Marxschem Vorbild erwarten, in dem uns

›nach unseren Bedürfnissen‹ gegeben wird, noch wird sich ›alles zum Guten wenden‹, wenn wir nur auf ›die Marktkräfte‹ vertrauen. Das hat Jodl völlig richtig gesehen: Komplexe Systeme sind leistungsfähig, verlangen aber eine aufwändige Steuerung – und nicht bloß die Hoffnung auf den Zeitablauf. Vor allem aber: Gesellschaftliche Prozesse laufen nicht einfach ›naturwüchsig‹<sup>66</sup> ab, sondern sind durch menschliche Entscheidungen grundlegend beeinflussbar – zum Guten wie zum Schlechten.

Gegen diesen Steuerungsoptimismus verwies man im späten 19. Jahrhundert auf das Walten von ›Naturgesetzen‹, die der Mensch nicht einfach aufheben könne: In der gleichen Weise, wie man den Lauf der Gestirne und seine Auswirkungen auf die Erde nicht einfach hinwegwünschen könne, ließen sich auch die ›Marktkräfte‹ und ihre Wirkungen nicht einfach negieren. Doch die Auffassung, Marktkräfte seien eben Ausdruck anthropologischer und damit naturgesetzlich verankerter Strebungen des Menschen, und man solle ihnen daher ›freien Lauf lassen‹, lässt Jodl in dieser Form nicht gelten. Wir lesen bei ihm:

„Aber was beweist das [die Existenz von Marktkräften, G.E.] für die Unabänderlichkeit dieser Erscheinungen? Unabänderlich sind doch wohl nur die Naturgesetze selbst, keineswegs aber immer auch die Bedingungen, unter welchen sie wirken, und die Erscheinungen, welche daraus hervorgehen.“<sup>67</sup>

Und etwas später lesen wir:

„Von dem Augenblick an, wo wir in das Reich der Menschengeschichte eintreten, muss es mit der fatalistischen Berufung auf die Unabänderlichkeit der Naturgesetze sein Bewenden haben. Auch die wissenschaftlichste Erklärung eines bestehenden Zustandes kann nicht hindern, dass

der vernünftige Wille, der sich von ihm nicht befriedigt fühlt, diesem Sein ein Sollen gegenüberstellt und mit unabweislicher Macht dem Einzelnen wie der Gesamtheit gegenüber die Frage erhebt: »Was habt ihr mit den Naturgesetzen gemacht?«<sup>68</sup>

Auch wenn wir im 20. Jahrhundert gelernt haben, die Chancen nicht zu überschätzen, solche „Bedingungen“ nach Belieben schaffen zu können, erweist sich Jodl hier als klarsichtiger Denker: Er sieht die *analytische Notwendigkeit, zwischen Spielen und Spielregeln zu unterscheiden*. Mit anderen Worten: Auch wenn wir aus anthropologischen Gründen dazu neigen, innerhalb eines Spiels den Spielraum der geltenden Regeln nach Kräften zu unseren Gunsten auszunutzen, verantworten wir die *Spielregeln* immer noch selbst und können sie sogar gezielt ändern. Auf die Institution ›Markt‹ angewendet bedeutet das: Es liegt an uns, wo und in welchem Maße wir Marktkräfte zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zulassen und wo nicht. Märkte sind also institutionelle *Instrumente* und weder ein Weg zum Heil noch ein Weg zum Untergang.<sup>69</sup>

Wenn Jodl im weiteren Verlauf seiner Ausführungen diese Perspektive nur skizzenhaft entwickelt und dabei auf eine „Staats- und Lebenskunst“ hofft, die es ermöglichen müsse, uns von den Extremen „Manchestertertum und Sozialismus“ gleichermaßen fernzuhalten,<sup>70</sup> so ist das nicht seiner beschränkten Urteilskraft oder seinen begrenzten Kenntnissen zuzuschreiben, sondern dem Stand der Wissenschaft, auf die er sich stützen musste: Erst fünf Jahre später wird der britische Wirtschaftswissenschaftler Alfred Marshall mit seinem wegweisenden Buch ›Principles of Economics‹<sup>71</sup> die moderne Wirtschaftswis-

senschaft begründen und mit ihr die mikroökonomische (also auf individuelles Verhalten abstellende) Wirkungsanalyse menschlichen Handelns.<sup>72</sup>

## *2. Bevölkerungswachstum und demografischer Übergang*

Überraschend klarsichtig sind Jodls Ansichten zum Problem des Bevölkerungswachstums. Natürlich war ihm das komplizierte Ineinander von ökonomischem und demografischem Wachstum nicht verborgen geblieben: Einerseits ermöglicht eine wachsende Produktivität auch die Ernährung einer größeren Anzahl Menschen; andererseits hält das Kapitalwachstum, das wir für eine produktive Beschäftigung dieser Menschen benötigen, mit dem Bevölkerungswachstum nicht immer Schritt. Ein quantitativ nicht begrenztes Bevölkerungswachstum ist nach seiner Auffassung daher mit dem Risiko verbunden, dass die fortschreitende wirtschaftliche und technologische Entwicklung strukturelle Arbeitslosigkeit produziert: Es werden mehr Menschen geboren als sinnvoll beschäftigt werden können.<sup>73</sup> Um nicht das Grundrecht des Einzelnen auf „Vermehrung“ verletzen zu müssen, empfiehlt er die allgemeine Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse als wirksamstes und darüber hinaus auch auf Freiwilligkeit beruhendes Mittel gegen den damals hohen Bevölkerungsdruck:

„Wirksamer Schutz gegen eine Art der Übervölkerung, welche dem Leichtsinne und dem Fehlen des Pflichtgefühles den eigenen Sprößlingen gegenüber entstammt, kann bloß gewonnen werden, wenn es den Kulturvölkern gelingt, den größten Teil ihrer Arbeiterklassen auf die Stufe des heutigen Mittelstandes mit mäßigem, aber einigermaßen sicherem Wohlstande zu erheben, und durch Steigerung des wirtschaftlichen Sinnes, durch die Möglichkeit edleren Familienlebens,

durch kraftvolle strenge Sitte und ein entsprechendes Erziehungssystem die tatsächliche Vermehrung der unteren Volksschichten mit den gegebenen Verhältnissen wenigstens einigermaßen auszugleichen.“<sup>74</sup>

Jodl argumentiert hier sowohl ökonomisch („Steigerung des wirtschaftlichen Sinnes“), als auch moralisch („kraftvolle strenge Sitte“, „Möglichkeit edleren Familienlebens“). Lassen wir mit Marx die „kraftvolle strenge Sitte“ Jodls ›verdampfen‹ und beschränken uns auf den reinen bevölkerungsökonomischen Sachverhalt: Steigende Kosten für Kinder führen zu einer sinkenden Nachfrage<sup>75</sup> (also zu weniger Kindern) und damit zu dem, was heutige Bevölkerungsforscher den ›demografischen Übergang‹ zu einer Gesellschaft nennen, die trotz aller Wohlstandsgewinne allenfalls noch bestandsstabil ist.<sup>76</sup>

## *3. Sozialpolitik und das Recht auf eine Mindestsicherung*

Menschen gehen in einer Wettbewerbswirtschaft ein spezifisches Risiko ein: Sie können arbeitslos werden, wenn ihre Produkte und Dienstleistungen (plötzlich) nicht mehr gefragt sind.

Es gibt (mindestens) drei Möglichkeiten, wie man gesellschaftlich mit diesem Risiko umgehen kann:

1. Der Staat subventioniert Anbieter, die sich am Markt nicht mehr behaupten können. Dabei werden mit Steuergeldern Zahlungen an Unternehmen oder Privatpersonen geleistet oder auf andere Weise der Absatz des betreffenden Produkts gefördert.
2. Man verzichtet auf Subventionen und überlässt diejenigen, die von Entlassungen oder Nachfrageeinbrüchen betroffen sind, den karitativen Anstren-

gungen *gesellschaftlicher*, nicht-staatlicher Kräfte.

3. Da Arbeitslosigkeit ein systemisches Risiko ist, das immer dann entsteht, wenn wir uns Wahlmöglichkeiten zugestehen (und wer wollte sie *nicht* haben?), kann man dieses Risiko auch nur auf systemischem Wege angehen, nämlich durch staatlich organisierte Versicherungen.

Jodl spricht sich für die dritte Möglichkeit aus. Sein Argument lässt sich so rekonstruieren: Gerade wenn wir *kollektiv* in den Genuss der zivilisatorischen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft kommen (und davon war Jodl, wie wir gesehen haben, überzeugt), dann sollten wir die mit der Teilnahme an Marktprozessen verbundenen Risiken fairerweise ebenfalls kollektiv absichern – und sie nicht den Schwankungen karitativer Hilfsbereitschaft überlassen. Wir lesen bei ihm:

„Die Versicherung bewirkt das Gegenteil wie das Almosen; statt das Selbstgefühl herabzudrücken, zeigt sie einen hebenden und stärkenden Einfluss auf den Charakter. Noch sicherer wird dieses Ziel erreicht durch das System einer gewissen Beteiligung der Arbeiter am Gewinn, wobei diese Anteile teils als Prämie in eine Versicherungskasse, teils als profitbringendes Kapital in das Unternehmen des Chefs fallen.“<sup>77</sup>

Auch hier zeigt sich: Jodl hat durchaus wegweisende Intuitionen. Dazu gehört auch der Hinweis, wie sich solche institutionellen Innovationen durchsetzen werden, nämlich „zunächst nicht durch Gesetz, sondern gewissermaßen nur auf dem Gnadenwege“.<sup>78</sup> Das bedeutet: Unternehmen, die um qualifizierte Arbeitnehmer konkurrieren, bieten entsprechende Beteiligungsmodelle an, und wenn sich diese Modelle bewähren, werden sie sich ver-

breiten. Kurz: Hier wird eine Politik mit Augenmaß und mit experimentellem Sinn sowie entlang evolutionärer Denkschemata empfohlen. Der Philosoph Friedrich Jodl hätte es heute wohl so ausgedrückt: eine Politik „mit Mitte und Maß“.<sup>79</sup>

Heute würden wir sagen: Moderne Gesellschaften können sich nur in dem Maße produktiv entwickeln, wie sie auf den verschiedensten Handlungsfeldern soziale Dilemmata mit Hilfe institutioneller Innovationen lösen.<sup>80</sup> Ein solches Dilemma liegt beispielsweise dann vor, wenn wir entscheiden sollen, ob wir an einem Wettbewerbsspiel teilnehmen wollen oder nicht, oder ob wir (noch grundsätzlicher formuliert) eine Gesellschaft moralisch akzeptieren sollten, in der Wettbewerbsspiele eine zentrale Rolle spielen. Zwar können wir dabei viel gewinnen, aber wir können eben auch viel verlieren. Dieses Risiko gilt es, kollektiv zu minimieren. Um es in einem Bild zu sagen: Wenn der Staat ein soziales Netz spannt, in das wir fallen können, wenn wir scheitern, erlaubt er uns gleichzeitig, mit dessen Hilfe noch höher zu springen.<sup>81</sup>

Da es bei Humanisten ja leider üblich ist, die eigene intellektuelle Existenzberechtigung durch die Gegnerschaft zu Religion und Kirche nachzuweisen, wollen wir die Diskussion dieses Punktes nicht verlassen, ohne auf Jodls ungewöhnlich faire Bewertung der karitativen Anstrengungen der christlichen Kirche hinzuweisen, die sie in Zeiten fehlender oder embryonaler Staatlichkeit erbracht hat. Er schreibt:

„Nur die Blindheit des Hasses vermöchte zu verkennen, wie außerordentlich Großes die christlichen Kirchengesellschaften durch Lehre und Beispiel, durch Förderung des sittlichen Heroismus, durch großartige Organisationen für

Kranken- und Armenpflege geleistet haben, um das heilige Feuer der Liebe auf dem Altare der Menschheit nicht verlöschen zu lassen.“<sup>82</sup>

Mir scheint, auch hier können wir von Jodl lernen.

#### IV. Schluss: Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Knüpfen wir abschließend noch einmal an das eingangs zitierte Motto von Friedrich Jodl an. Es lautete:

„Wollen wir wahrhaft wissenschaftlich verfahren, so dürfen wir unsere Ideale sozialer Entwicklung nach keiner anderen Richtung hin bilden als nach derjenigen, welche uns die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Organischen andeuten.“

Bei der Diskussion dieses außerordentlich interessanten und vielschichtigen Zitats<sup>83</sup> wollen wir uns auf zwei Aspekte beschränken.

1. Wer die soziale Entwicklung an „allgemeinen Entwicklungsgesetze[n] des Organischen“ orientieren möchte, legt sich darauf fest, Wettbewerbsprozessen eine zentrale Stellung innerhalb des Gemeinwesens zuzuweisen. Denn die „Entwicklungsgesetze des Organischen“ bedeuten ja auch, die allgemeine Knappheit an Ressourcen durch Konkurrenz zu bewältigen. Dabei geht es um *Anpassung*, also um die optimale Ausnutzung von Ressourcen *in einem gegebenen Rahmen*.<sup>84</sup> So können wir uns an steigende Energiepreise etwa dadurch anpassen, dass wir unser Verhalten ändern und Umschichtungen in unserem Haushaltsbudget vornehmen. Auf welche Weise die einzelnen Individuen das tun werden, ist naturgemäß (!) nicht voraussagbar: Evolutionäre Prozesse sind bereits auf dieser Ebene ergebnisoffen.

2. Wir können von den ›Entwicklungsgesetzen des Organischen‹ allerdings auch lernen, Knappheiten nicht nur in einem *gegebenen* Rahmen zu bewältigen, sondern auch durch seine *Ausweitung* – also durch *Innovationen*. *Es geht dabei nicht um die Grenzen des Wachstums, sondern um das Wachstum der Grenzen*: Wir suchen nicht die optimale Lösung im Rahmen fester Knappheitsgrenzen, sondern wir *erweitern* diesen Rahmen.<sup>85</sup> Um das Energiebeispiel noch einmal aufzugreifen: Statt uns an einen gegebenen Rahmen anzupassen, können wir auch neue Möglichkeiten der Energieproduktion oder Energienutzung ›entwickeln‹. Das Leben ist erst recht auf dieser Ebene ein ergebnisoffener Prozess: Wir kennen künftige Innovationen nicht, denn sonst könnten wir sie ja heute schon einführen.<sup>86</sup> Innovationen erweitern jedenfalls den Radius des Möglichen auf eine geradezu ehrfurchteinflößende Weise – wie wir an den Abbildungen 1 und 4 sehen konnten.

Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, ob Friedrich Jodl hier konsistent gedacht und argumentiert hat. Erinnerung wir uns: Wachstum hat für ihn moralisch destruktive Konsequenzen; weniger sei mehr; und es geht ihm darum, sich innerhalb eines bestimmten Rahmens zu bescheiden. Gleichzeitig möchte er „unsere Ideale sozialer Entwicklung nach keiner anderen Richtung hin bilden als nach derjenigen, welche uns die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Organischen andeuten“. Doch gerade sie legen nahe, dass das Wachstum der Grenzen die vorgeblichen ›Grenzen des Wachstums‹ sprengen wird.

Erst recht aus humanistischer Sicht müssen wir uns die Frage stellen, ob der Sinn

einer ›freien Marktwirtschaft‹ nicht gerade darin besteht, den sozialen und politischen Raum für Innovationen zu öffnen. ›Frei‹ sind wir nämlich vor allem in dem Sinne, dass wir ›nein‹ sagen können – zu Denkgewohnheiten, Institutionen, Produkten, Weltanschauungen und zu den Menschen, die sie repräsentieren. Und die spezifische *Conditio humana* besteht nicht nur darin, dass wir ›nein‹ sagen können, sondern dass wir, wie Kant wusste, uns sogar selbst das Gesetz geben können, das auch zu dürfen. Eben darin besteht politische Freiheit – und eine der humanistischen Tradition angemessene Politik. Doch wer in diesem Sinne ›frei‹ ist, wird unweigerlich Neues in die Welt bringen. Und so wird das Wachstum der Grenzen zur einzigen Form menschengemäßer Politik.

Dennoch: Friedrich Jodl hat bereits um 1900 diesen gewaltigen Denkraum geöffnet, viele Probleme gesehen, manche wegweisenden Lösungen vorgeschlagen und sich, wie jedermann, eben manchmal auch geirrt. Daher ist es mehr als angemessen, sich seiner wieder zu erinnern.

### **Anmerkungen:**

Herrn Prof. Dr. Ingo Pies (Universität Halle-Wittenberg) danke ich herzlich für eine kritische Durchsicht des Manuskripts und wertvolle Anregungen.

<sup>1</sup> Jodl (1885/1917), S. 104 f.

<sup>2</sup> Diese Anekdote wird zitiert etwa bei Lenk und Maring (1992), S. 7.

<sup>3</sup> Ich habe bisher keine Quelle ausfindig machen können. Für entsprechende Hinweise wäre ich jedoch dankbar.

<sup>4</sup> Vgl. dazu etwa Niklas Luhmann (1993, S. 137): „Bei allen Diskussionen über Ethik im allgemeinen und über Wirtschaftsethik im Besonderen sollten die Protagonisten sich gehalten fühlen, genau zu sagen, was sie meinen und welche Regeln sie unter der Bezeichnung Ethik für moralisch begründbar halten. Diese Forderung ist ihrerseits kein (in diesem Falle

wäre das ein paradoxes) ethisches Gebot, sondern schlicht eine Frage des Interesses an der weiteren Beteiligung an solchen Diskussionen. Ich suche schon die Wagenschlüssel in meiner Tasche.“

<sup>5</sup> Lehrstühle für Wirtschaftsethik gibt es u.a. an den Universitäten Halle-Wittenberg und München.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Aristoteles zugeschriebenen *Drei Bücher über Hauswirtschaft*, die ›Oikonomika‹ (Zoepffel 2006), darin vor allem Buch II.

<sup>7</sup> Quelle: <http://zuwi.at/themen/wachstum/osterreichs-wirtschaftswachstum-in-den-letzten-2000-jahren/>. (Andreas Sator danke ich für die Genehmigung zum Abdruck.) Der ›Geary-Khamis-Dollar‹ ist eine abstrakte Rechnungsgröße, die verschiedene Währungen vergleichbar macht. Die Daten beziehen sich auf den österreichischen Raum, gelten tendenziell aber auch für andere mittel- und westeuropäische Regionen und Länder. Vgl. dazu Federico (2002); zu einem Update ferner Bolt und van Zanden (2013).

<sup>8</sup> Das Original ist im Rahmen der Glasgower Gesamtausgabe im Internet verfügbar (Smith 1776/1976), die deutsche Standard-Übersetzung ist Smith (1776/1983).

<sup>9</sup> Vgl. dazu Hume (1741/1742/1988) sowie Engel (2013a). Zum Europäischen Sonderweg in Wirtschaft, Recht und Wissenschaft vgl. die erste Abhandlung („Europa und die Zähmung der Herrschaft“) in Albert (1986), S. 9-59.

<sup>10</sup> Smith (1759/2004).

<sup>11</sup> Vgl. dazu schon Jodl (1882/1930), S. 364, ferner Macfie (1959), Priddat (1990), Homann (2002) und Wilson und Dixon (2006). Das Problem kann insofern heute als gelöst gelten, als man nicht mehr davon ausgeht, Smith habe zwei verschiedene Menschenbilder entwickelt und zwei einander widersprechende ethische Theorien vertreten. Das ist schon deshalb *prima facie* unplausibel, weil Smith gleichzeitig am ›Wohlstand der Nationen‹ und an verbesserten Auflagen seiner ›Theorie der ethischen Gefühle‹ gearbeitet hat.

<sup>12</sup> Zum Zitat in Quadrant II vgl. die vorige Anmerkung.

<sup>13</sup> Zur Quelle und zu weiteren Angaben vgl. Anm. 7.

<sup>14</sup> Marx und Engels (1848/1972), S. 465.

<sup>15</sup> Jodl (1885/1917), S. 87.

<sup>16</sup> Jodl argumentiert hier also als Wissenschaftler, nicht als Moralist. Dies ist bis heute weder in sozialwissenschaftlichen noch in humanistischen Zusammenhängen selbstverständlich, obwohl wir doch ei-

nen Bakteriologen tadeln würden, der sich als Forscher vom Ärger über den Schaden übermannen lässt, den bestimmte Bakterien in höher differenzierten Organismen anrichten können. Erst recht müssten wir ihn dann tadeln, wenn er sich dazu hinreißen ließe, *alle* Bakterien zu bekämpfen und dabei übersähe, dass es unter ihnen auch lebenswichtige und nützliche gibt.

<sup>17</sup> Jodl (1885/1917), S. 88.

<sup>18</sup> Ebd., S. 87 f. Es sei nur am Rande vermerkt, dass Jodl hier den Mechanismus der Preisbildung mit moralischem Unterton erläutert („so schlecht wie möglich“). »Gewinn« wird so mit »Betrug« assoziierbar – was ja einer vormodernen Ethik durchaus entspricht (vgl. dazu Clark und Lee 2011, S. 5). Nach moderner Anschauung haben Individuen jedoch das *moralische Recht*, nicht mehr Ressourcen für den Erwerb eines Gutes aufzuwenden, als sie *nach eigenen Maßstäben* für gerechtfertigt halten.

<sup>19</sup> Vgl. dazu Nozick (1974).

<sup>20</sup> Jodl (1885/1917), S. 89.

<sup>21</sup> Ebd., S. 89 f.

<sup>22</sup> Ebd., S. 90. Man beachte, dass Jodl hier offensichtlich auch die militärisch bedeutsame Komponente wirtschaftlicher Entwicklung im Blick hat – ein Aspekt zivilisatorischen Fortschritts, der heutzutage nur höchst ungenügend thematisiert wird, nichtsdestoweniger aber natürlich von kaum zu überschätzender Bedeutung ist.

<sup>23</sup> Das schließt natürlich nicht aus, dass man sich moralisch verpflichtet fühlen kann, Menschen in Not auf *gesellschaftlicher* Ebene zu helfen. Kirchliche Caritas, säkulare Stiftungen und gesellschaftliche Initiativen könnten hier ein weites Betätigungsfeld finden. Vgl. dagegen unten, Abschnitt III.2, besonders S. 36.

<sup>24</sup> Ebd., S. 90, ebenso das folgende Zitat im Text.

<sup>25</sup> Es fällt auf, dass dieser Aufsatz bzw. Essay gänzlich ohne (vor allem primäre) Literaturnachweise auskommt – ein meist verlässliches Anzeichen dafür, dass man sich mit der jeweiligen Position nicht zureichend auseinandergesetzt hat.

<sup>26</sup> Jodl (1885/1917), S. 91.

<sup>27</sup> Frédéric Bastiat (1801-1850) war Ökonom und Politiker und gilt als Begründer der Auffassung, ein unangetastetes Marktsystem, in dem nur die Kaufbereitschaft von Individuen zähle, werde zu gesellschaftlich optimalen Zielzuständen führen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Jeder gut gemeinte staatliche Eingriff bleibe eben nur gut gemeint und führe

notwendig zu gesamtgesellschaftlichen Effizienz einbußen.

<sup>28</sup> Jodl (1885/1917), S., 92 f.

<sup>29</sup> Ebd., S. 93.

<sup>30</sup> Die Weltbevölkerung hat sich zwischen 1750 und 1950 vervierfacht, seitdem noch einmal nahezu verdreifacht. Vgl. dazu Herden (2007). Im 18. und 19. Jahrhundert war das Bevölkerungswachstum auf Europa und Nordamerika, im 20. auf Südamerika und Asien konzentriert. Im 21. Jahrhundert wird Afrika nachziehen.

<sup>31</sup> Vgl. dazu Siegmann (1988) und ausführlich Ritter (1998). Jodl (1885/1917) erwähnt die „sogenannte soziale Frage“ auf S. 107.

<sup>32</sup> Jodl (1885/1917), S. 94 f.

<sup>33</sup> Ebd., S. 99.

<sup>34</sup> Vgl. dazu Smith (1776/1976), S. 456 (S. 349 der Internetausgabe); deutsch in Smith (1776/1983), S. 371: „[Der wirtschaftliche Akteur] wird ... von einer unsichtbaren Hand geleitet, um einen Zweck zu fördern, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat. [...] ja gerade dadurch, dass er das eigene Interesse verfolgt, fördert er häufig das der Gesellschaft nachhaltiger, als wenn er wirklich beabsichtigt, es zu tun.“ Und dann folgt jener berühmte Satz, den nicht nur jeder Politiker und Parteiführer, sondern auch jeder organisierte Humanist morgens beim Aufstehen sorgfältig bedenken sollte: „Alle, die jemals vorgaben, ihre Geschäfte dienten dem Wohl der Allgemeinheit, haben meines Wissens niemals etwas Gutes getan.“

<sup>35</sup> Vgl. dazu schon Popper (1934/2005). Wenn gilt, dass Erfahrungswissenschaften „Theoriensysteme“ sind (S. 36), wenn weiterhin gilt, dass „Basissätze“, die über unsere „Erfahrungen“ sprechen, theoriegetränkte „Festsetzungen“ sind (S. 83), dann verbietet sich eigentlich die Jodlsche Rede von „Tatsachen“ – erst recht 100 Jahre nach Kant.

<sup>36</sup> Vgl. dazu Weber (1922/1988), S. 602: „Ich erbitte mich, an den Werken unserer Historiker den Nachweis zu führen, dass wo immer der Mann der Wissenschaft mit seinem eigenen Werturteil kommt, das volle Verstehen der Tatsachen *aufhört*.“ (H.i.O.)

<sup>37</sup> Jodl (1885/1917), S. 102.

<sup>38</sup> Ebd., S. 109.

<sup>39</sup> Vgl. dazu oben, S. 9. Zu einer genau entgegengesetzten Auffassung vgl. Homann (2002).

<sup>40</sup> Ebd., S. 110.

<sup>41</sup> Vgl. dazu Fromm (1976).

<sup>42</sup> Jodl (1885/1917), S. 111.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Ebd., S. 112.

<sup>45</sup> Ebd. und S. 113.

<sup>46</sup> Zur Metakritik vgl. Engel (2013b). Kritiker des »Neoliberalismus« finden auch heute noch bei Humanisten eine irritierend große Resonanz – als ob der Titel der 1977 in Moskau (!) besorgten Werkauswahl von Heinrich Mann „Der neue Humanismus wird sozialistisch sein“ (Mann 1977) bei ihnen immer noch ein gewisses programmatisches Gewicht hat. Statt dessen gilt: *Der neue Humanismus wird liberal sein*, denn seine proklamierten Ziele stimmen mit denen des klassischen und modernen Liberalismus genau überein, wie man sich unschwer überzeugen kann (Engel 2010a und 2010b). Friedrich Jodl ist mit seiner Distanz zum zeitgenössischen Sozialismus in diesem Punkt übrigens durchaus auf einem gutem Wege. Zur Würdigung der auch hier zu beobachtenden Eigenständigkeit Jodls vgl. Fink (2012).

<sup>47</sup> Jodl (1885/1917), S. 93. Auch heute noch kritisieren Schriftsteller, Humanisten und sonstige ambitionierte Nicht-Ökonomen gern und oft den »Neoliberalismus«, ohne zu bemerken, dass sie damit eine mangelnde Lernbereitschaft zeigen, die sie in sonstigen weltanschaulichen Zusammenhängen »schärfstens« zu kritisieren pflegen.

<sup>48</sup> Ebd., S. 89 f. und 93.

<sup>49</sup> Johann Wolfgang von Goethe hat diese Funktion der Bildung zu dem Satz verdichtet: „Sich mitzuteilen, ist Natur; Mitgeteiltes aufzunehmen, wie es gegeben wird, ist Bildung.“ (Zitiert nach Assmann 2004, S. 197.)

<sup>50</sup> Vgl. zu den Problemen der Bildungsökonomik aus wirtschaftsethischer Sicht Backes-Gellner und Weckmüller (1999).

<sup>51</sup> Das bedeutet übrigens nicht, dass die mit Ausbildungsprozessen verbundenen Risiken mit der Übernahme durch den Staat verschwunden wären. Im Gegenteil: Schüler und Studenten haben eigentlich die Pflicht, diszipliniert zu lernen und nicht zu »chillen«, »abzuhängen« oder sich sonstigen Wegen des Trittbrettfahrens hinzugeben. Aber da in unserer politischen Kultur sehr viel über Rechte, aber kaum über die mit ihnen immer notwendig verbundenen Pflichten gesprochen wird, sind derartige Zusammenhänge weder bekannt, noch gibt es ein spürbares politisches Interesse daran, diese Zusammenhänge bekannt zu machen. Zu den Ausnahmen zählt der Altbundeskanzler Helmut Schmidt (1997). Die sich daran anschließende „Allgemeine Erklärung der

Menschenpflichten“ findet sich im Internet etwa bei <http://www.humanistische-aktion.de/mppflicht.htm>. Aus sozialphilosophischer Sicht ist noch zu ergänzen, dass Rechte und Pflichten immer nur zusammen gedacht werden können und nur zusammen auch dauerhaft gesellschaftlich implementierbar sind.

<sup>52</sup> Smith (1776/1983), S. 664.

<sup>53</sup> Diese Schere ist übrigens eine wesentliche und meist unterschätzte Ursache der Einkommensschere.

<sup>54</sup> Vgl. dazu zur Illustration den Film „Modern Times“ von und mit Charlie Chaplin (1936).

<sup>55</sup> Smith (1776/1983), S. 662 f. Hv. von mir.

<sup>56</sup> Ebd., S. 667. Anschauungsmaterial für diese Auffassung liefert die heutige Politik zur Genüge. Übrigens war sich Smith durchaus auch der *militärischen* Begründung von Bildung und Ausbildung bewusst (vgl. etwa ebd., S. 666). Die weitgehende Ausblendung militärischer Aspekte der Politik in heutigen Debatten signalisiert einen Niveauverlust gegenüber seiner Politischen Ökonomie. (Im Sachregister der deutschen Ausgabe seines Buches taucht das Wort »Militär« nicht ein einziges Mal auf, obwohl im 1. Kapitel des Fünften Buches die Verteidigungsausgaben des Staates von der Antike bis zur Gegenwart ausführlich untersucht werden.)

<sup>57</sup> Zum Problem der Organisation der Bildung bei Smith vgl. Blaug (1975/1985).

<sup>58</sup> Wille und Gläser (1977/1985). Zum Problem von individueller Freiheit und staatlichem Zwang vgl. auch Pies und Engel (1998).

<sup>59</sup> Zucker, Vitamin C, Wurstwaren – es gibt wohl auch im heutigen Deutschland kaum ein Lebensmittel, das davor sicher ist, kartellrechtlich ins Gerede zu kommen.

<sup>60</sup> Die verrottende Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland zeigt, dass die Lehren des klassischen Liberalismus durchaus mehr Beachtung finden könnten.

<sup>61</sup> Jodl (1882/1930), S. 368. Im 20. Jahrhundert drückt Karl Homann das so aus: „Wettbewerb ist solidarischer als Teilen.“ (Homann und Blome-Drees 1992, S. 16)

<sup>62</sup> Auch der heutige organisierte Humanismus ist in entsprechender Weise gefährdet. Oder mit Helmut Fink (2012, S. 81) gesprochen: „Der Bogen in die Gegenwart ist schnell geschlagen.“

<sup>63</sup> Vgl. dazu das ausführliche kommentierte Register in Smith (1759/2004), S. 615 f.

<sup>64</sup> Vgl. dazu Bäumler (1910). In heutigen dogmengeschichtlichen Darstellungen der Sozialpolitik (etwa in

Ritter 1998) findet Jodl ebenfalls keine Erwähnung.  
<sup>65</sup> Jodl schreibt: „... schließlich stehen religiöse und wissenschaftliche Weltanschauung als zwei Grundformen der geistigen Organisation einander gegenüber, beide das Produkt langer historischer Entwicklung, und für welche von beiden man sich entscheidet, das hängt, nach dem trefflichen Worte Fichtes, davon ab, was für ein Mensch man ist.“ (Jodl 1903/1917, S. 428) Abgesehen davon, dass eine solche Problemdefinition Argumenten allenfalls eine Signalfunktion zubilligt, ist diese fast schon manichäisch anmutende Zweiteilung der Weltanschauungen heuristisch unfruchtbar und darüber hinaus unvollständig. Das lehrt schon ein Blick in Carl Friedrich von Weizsäckers Buch „Die Sterne sind glühende Gaskugeln, und Gott ist gegenwärtig“ (Weizsäcker 1993).  
<sup>66</sup> Unter ›naturwüchsig‹ sei hier verstanden: ›Etwas ist menschlicher Gestaltbarkeit prinzipiell entzogen‹.  
<sup>67</sup> Ebd. Hier ist in aller Klarheit die wissenschaftstheoretische Differenz zwischen Gesetzen und Randbedingungen (oder „Antecedens-Bedingungen“) angesprochen. Vgl. dazu etwa Stegmüller (1983), S. 120. Um ein Beispiel zu geben: Zyankali wirkt tödlich; aber ob ich beispielsweise an meiner Ehefrau die entsprechenden physiologischen Ablaufgesetze zur Wirkung kommen lasse, hängt nicht von diesen Gesetzen ab. (Sie wird mir dieses Beispiel nachsehen.)  
<sup>68</sup> Jodl (1885/1917), S. 100. Er argumentiert hier mit Kant, wie die Verwendung der Ausdrücke ›unabweislich‹ oder ›vernünftiger Wille‹ signalisiert. Vgl. auch ebd., S. 105: „Die ethische Idee aber, welche den belebenden Mittelpunkt aller Forderungen zu bilden hat, lässt sich nicht deutlicher aussprechen als in den Worten Kants: Es müsse oberste Regel sein, die Menschheit in jedem anderen immer auch als Zweck, niemals als bloßes Mittel zu behandeln.“  
<sup>69</sup> Eine solche Perspektive erlaubt es, gesellschaftliche Institutionen einer »Alternativanalyse« zu unterziehen, in der die Frage beantwortet wird: Mit welchen Regeln lässt sich ein angestrebtes Ziel am besten erreichen? Vgl. dazu Albert (1978), Kap. 23.  
<sup>70</sup> Jodl (1885/1917), S. 116.  
<sup>71</sup> Marshall (1890/1920). In diesem Buch führte er erstmals Angebots- und Nachfragekurven sowie heute geläufige Begriffe wie Konsumentenrente oder Produzentenrente ein.  
<sup>72</sup> Wir benötigen eine derartige Wirkungsanalyse, um die Reaktionen der Menschen auf Regeländerungen genauer prognostizieren zu können; erst dann

können wir uns sinnvoll fragen, ob wir diese Regeländerung aus ethischen Gründen wollen sollten.  
<sup>73</sup> Allerdings wirkt die mit dem Fortschritt des Wissens zunehmende Arbeitsteilung diesen Automatisierungsfolgen auch wieder entgegen.  
<sup>74</sup> Ebd., S. 115. Auf die Freiwilligkeit des Verzichts auf Kinder legt Jodl großen Wert, wie sich in seiner Kritik an der staatsmonopolistischen Kindererziehung nach den Vorstellungen Fichtes zeigt: „Wem dabei nicht ein stiller Schauer überläuft, nun, der ist unverbesserlich, der verdient – im geschlossenen Handels- und Erziehungsstaate [Fichtes, G.E.] zu leben und Kinder zu haben.“ (Jodl 1898/1916, S. 188) Auch hier weist er auf die Tendenz hin, dass steigender Wohlstand mit sinkender Kinderzahl verbunden ist.  
<sup>75</sup> Gemeint ist: Die Anzahl der elterlichen Entscheidungen, Kinder zu bekommen, wird sinken.  
<sup>76</sup> Zur Bevölkerungsökonomik vgl. einführend Felderer (1991), ferner Birg (1996).  
<sup>77</sup> Jodl (1885/1917), S. 108 f. Auch die durch den Freihandel entstehende *internationale* Konkurrenz wird von Jodl nicht bekämpft, sondern schon im Interesse einer ausreichenden Ernährung der europäischen Völker als notwendig erachtet. Vgl. dazu seine Kritik an Fichtes Geschlossenem Handelsstaat in Jodl (1898/1916).  
<sup>78</sup> Ebd., S. 109.  
<sup>79</sup> Vgl. dazu Mayer-Tasch (2006) – ein Philosoph, dem sich Jodl wohl auch in ökologischen Fragen verbunden gefühlt hätte. Vgl. dagegen Engel (2007).  
<sup>80</sup> Vgl. dazu näher Engel (2013c).  
<sup>81</sup> Vgl. dazu Homann und Pies (1996) sowie zum grundsätzlichen Problem der Einbettung von Wettbewerbsstrukturen in die moderne Gesellschaft Homann und Suchanek (2000), S. 456-462.  
<sup>82</sup> Jodl (1885/1917), S. 102.  
<sup>83</sup> Im Grunde eröffnet sich hier die ganze Bandbreite des Themas »Evolution und Gesellschaft« – von den evolutionären Prägungen unserer Präferenzen bis hin zum Management von Innovationsprozessen. Diese Diskussion kann hier noch nicht einmal begonnen werden. Der interessierte Leser sei jedoch auf die Schriften Friedrich August von Hayeks verwiesen, zunächst auf Hayek (1969).  
<sup>84</sup> Für diesen Bereich der Anpassungsprozesse in einem gegebenen Rahmen hat Virginia Postrel (1998, S. XVI) den zutreffenden und schönen Ausdruck „Stasis“ geprägt und einem breiteren Publikum bekannt gemacht.

<sup>85</sup> Zum Begriff des ›Wachstums der Grenzen‹ vgl. Pies und Hielscher (2010), S. 6. Eine leicht zugängliche Arbeit zu diesem innovationsorientierten Denkansatz ist Fücks (2011).

<sup>86</sup> Ein strukturell ähnliches Argument für die Unvoraussagbarkeit sozialer Prozesse hat Karl Popper schon in den fünfziger Jahren entwickelt. Es lautet in Kurzform: (1) Der Ablauf der Geschichte wird durch das Wachstum des Wissens stark beeinflusst. (2) Wir können unser künftiges Wissen nicht wissenschaftlich vorhersagen, denn wir „können nicht heute das vorwegnehmen, was wir erst morgen wissen werden“. (3) Daher können wir den zukünftigen Ablauf der Geschichte nicht vorhersagen. Vgl. dazu Popper (1960/2003), S. XIII f.

### Literatur:

Albert, Hans (1978): Traktat über rationale Praxis. Tübingen: Mohr (Siebeck).

– (1986): Freiheit und Ordnung. Zwei Abhandlungen zum Problem der offenen Gesellschaft. Tübingen: Mohr (Siebeck).

Assmann, Aleida (2004): Sprache, Kultur, Bildung. In: Schavan, Annette (Hrsg.): Sprache, Kultur, Bildung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 186-199.

Backes-Gellner, Uschi / Weckmüller, Heiko (1999): Bildung und Ausbildung. In: Handbuch der Wirtschaftsethik. Band 4: Ausgewählte Handlungsfelder. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, S. 152-173.

Bäumer, Gertrud (1910): Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Grundzüge der modernen Sozialphilosophie. Heilbronn: Salzer.

Birg, Herwig (1996): Die Weltbevölkerung. Dynamik und Gefahren. München: Beck.

Blaug, Mark (1975/1985): Adam Smith und die Organisation der Bildung. In: Recktenwald, Horst Claus (Hrsg., 1985), S. 257-261.

Bolt, Jutta / van Zanden, Jan Luiten (2013): The First Update of the Maddison Project: Re-Estimating Growth Before 1820. Maddison-Project Working Paper WP-4, Universität Utrecht. Internet: <http://www.ggdc.net/maddison/maddison-project/publications/wp4.pdf>.

Clark, Jeff R. / Lee, Dwight R. (2011): Markets & Morality. In: CATO Journal 31, Heft 1, S. 1-25.

Engel, Gerhard (2007): Rezension: Mayer-Tasch, Peter Cornelius: Mitte und Maß. Leitbild des Humanismus von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Baden-Baden: Nomos 2006. In: Aufklärung und Kritik 14, Heft 2, S. 278-282.

– (2010a): Der Liberalismus ist ein Humanismus. Teil 1. In: Aufklärung und Kritik 17, Heft 1, S. 7-21.

– (2010b): Der Liberalismus ist ein Humanismus. Teil 2. In: Aufklärung und Kritik 17, Heft 2, S. 7-28.

– (2013a): David Hume and the Scottish Enlightenment. In: Christoph Lütge (Ed.), Handbook of the Philosophical Foundations of Business Ethics. DOI 10.1007/978-94-007-1494-6\_25. Berlin, Heidelberg, New York: Springer, S. 253-279.

– (2013b): Pseudohumanistische Kampfvokabeln statt Erkenntnis. Eine Erwiderung auf Christian Felbers Crash-Kurs „Was ist Neoliberalismus?“. In: Diesseits.de. Das Humanistische Online-Magazin, 18. September 2013. Internet: <http://www.diesseits.de/node/3382>.

– (2013c): Alles wird gut? Evolutionärer Humanismus als skeptische Theorie kulturellen Fortschritts. In: Fink, Helmut (Hrsg.): Die Fruchtbarkeit der Evolution. Aschaffenburg: Alibri, S. 249-290.

Federico, Giovanni (2002): The world economy 0–2000 AD: A review article. In: European Review of Economic History 6, Heft 1, S. 111-120.

Felderer, Bernhard (1991): Verlust und Gewinn. Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum und soziale Sicherung. In: Deutsches Institut für Fernstudien (Hrsg.): Funkkolleg Humanökologie. Studienbrief 2. Weinheim, Basel: Beltz, S. 51-93.

Fink, Helmut (2012): Feuerbach ohne Sozialismus? Lehren aus dem Streit zwischen Friedrich Jodl und Georg von Gizycki. In: Aufklärung und Kritik 19, Heft 2, Schwerpunkt Ludwig Feuerbach, S. 81-92.

Fromm, Erich (1976): Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Fücks, Ralf (2011): Wachstum der Grenzen – Auf dem Weg in die ökologische Moderne. Internet: <http://www.boell.de/de/navigation/oekologische-marktwirtschaft-ralf-fuecks-wachstum-grenzen-11772.html>.

Hayek, Friedrich August von (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Freiburger Stu-

dien. Gesammelte Aufsätze. Tübingen: Mohr (Siebeck), S. 249-265.

Herden, Rose-Elisabeth (2007): Die Bevölkerungsentwicklung in der Geschichte. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Internet: <http://tinyurl.com/nvk2rt6>.

Homann, Karl (2002): Ökonomik: Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln (2001). In: Ders.: Vorteile und Anreize. Zur Grundlegung einer Ethik der Zukunft. Hrsg. von Christoph Lütge. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 243-266.

– / Blome-Drees, Franz (1992): Wirtschafts- und Unternehmensethik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht UTB.

– / Pies, Ingo (1996): Sozialpolitik für den Markt. Theoretische Perspektiven konstitutioneller Ökonomik. In: Pies, Ingo / Leschke, Martin (Hrsg.): James Buchanans konstitutionelle Ökonomik. Tübingen: Mohr (Siebeck), S. 203-239.

– / Suchanek, Andreas (2000): Ökonomik: Eine Einführung. Tübingen: Mohr Siebeck.

Hume, David (1741/1742/1988): Politische und ökonomische Essays. Teilband 1/2. Hrsg. von Udo Bernbach. Hamburg: Meiner 1988. [= Essays: Moral and Political. Edinburgh 1741/1742]

Jodl, Friedrich (1882/1930): Geschichte der Ethik, Band 1. 4. Auflage. Stuttgart: Cotta. Reprint: Stuttgart, Magnus-Verlag.

– (1885/1917): Volkswirtschaftslehre und Ethik. In: Jodl (1917), S. 86-116.

– (1898/1916): J.G. Fichte als Sozialpolitiker. In: Jodl (1916), S. 164-191.

– (1903/1917): Göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit. In: Jodl (1917), S. 427-434.

– (1916): Vom Lebenswege. Gesammelte Vorträge und Aufsätze. Erster Band. Hrsg. von Wilhelm Börner. Stuttgart und Berlin: Cotta.

– (1917): Vom Lebenswege. Gesammelte Vorträge und Aufsätze. Zweiter Band. Hrsg. von Wilhelm Börner. Stuttgart und Berlin: Cotta.

Lenk, Hans / Maring, Matthias (1992): Wirtschaftsethik – ein Widerspruch in sich selbst? In: Dies. (Hrsg.): Wirtschaft und Ethik. Stuttgart: Reclam, S. 7-30.

Luhmann, Niklas (1993): Wirtschaftsethik – als Ethik? In: Wieland, Josef (Hrsg.): Wirtschaftsethik

und Theorie der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 134-147.

Macfie, Alexander L. (1959): Adam Smith's ›Moral Sentiments‹ as Foundation for His ›Wealth of Nations‹. In: Oxford Economic Papers, New Series, Vol. 11, No. 3, S. 209-228.

Mann, Heinrich (1977): Der neue Humanismus wird sozialistisch sein. Ausgewählte Werke. Moskau: Progress.

Marshall, Alfred (1890/1920): Principles of Economics. 8. Auflage. London: Macmillan. Internet: [http://files.libertyfund.org/files/1676/Marshall\\_0197\\_EBk\\_v6.0.pdf](http://files.libertyfund.org/files/1676/Marshall_0197_EBk_v6.0.pdf).

Marx und Engels (1848/1972): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke, Berlin: Dietz, Band 4, 6. Auflage 1972, S. 459-493.

Mayer-Tasch, Peter Cornelius (2006): Mitte und Maß. Leitbild des Humanismus von den Ursprüngen bis zur Gegenwart. Baden-Baden: Nomos.

Nozick, Robert (1974): Anarchie, Staat, Utopia. München: Moderne Verlags Gesellschaft o.J.

Pies, Ingo / Engel, Gerhard (1998): Freiheit, Zwang und gesellschaftliche Dilemmastrukturen. Zur liberalen Theorie des Staates. In: Aufklärung und Kritik, Sonderheft Nr. 2, Schwerpunkt „Liberalismus“, S. 41-51. Im Internet unter [http://www.kellmannstiftung.de/index.html?beitrag/engel\\_freiheit.html](http://www.kellmannstiftung.de/index.html?beitrag/engel_freiheit.html)

Pies, Ingo / Hielscher, Stefan (2010): Wirtschaftliches Wachstum durch politische Konstitutionalisierung: Ein ordonomischer Beitrag zur „conceptual history“ der modernen Gesellschaft. Diskussionspapier Nr. 2010-6 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle.

Popper, Karl R. (1934/2005): Logik der Forschung. Tübingen: Mohr (Siebeck). 11. Auflage.

– (1960/2003): Das Elend des Historizismus. Hrsg. von Hubert Kiesewetter. Tübingen: Mohr Siebeck. 7. Auflage.

Postrel, Virginia (1998): The Future and its Enemies. The Growing Conflict Over Creativity, Enterprise and Progress. New York: The Free Press.

Priddat, Birger P. (1990): Arm und reich. Zur Transformation der vorklassischen in die klassische Ökonomie. Zum 200. Todesjahr Adam Smiths. St. Gal-

len: Institut für Wirtschaftsethik 1990 [= Beiträge des IWE, Heft 39).

Recktenwald, Horst Claus (Hrsg., 1985): Ethik, Wirtschaft und Staat. Adam Smiths politische Ökonomie heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Ritter, Gerhard A. (1998): Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Opladen: Leske & Budrich.

Schmidt, Helmut (1997): Zeit, von den Pflichten zu sprechen! In: DIE ZEIT 41 (1997), 3.10., S. 17-18.

Siegmann, Franz Josef (1988): Art. „Soziale Frage“. In: Staatslexikon, Band 4, Freiburg: Herder, Sp.1231-1234.

Smith, Adam (1759/2004): Theorie der ethischen Gefühle. Hrsg. von Walther Eckstein. Reprografischer Nachdruck der Ausgabe von 1925. Hamburg: Meiner.

– (1776/1976): An Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Edited by R.H. Campbell and A.S. Skinner. New York: Oxford University Press. [= Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Vol. II]. Internet: [http://www.ibiblio.org/ml/libri/s/SmithA\\_WealthNations\\_p.pdf](http://www.ibiblio.org/ml/libri/s/SmithA_WealthNations_p.pdf)

– (1776/1983): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Hrsg. von Horst Claus Recktenwald. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag 1978. 3. Auflage.

Stegmüller, Wolfgang (1983): Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie. Band I: Erklärung – Begründung – Kausalität. Berlin, Heidelberg, New York: Springer. 2. Auflage.

Weber, Max (1922/1988): Wissenschaft als Beruf. In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr (Siebeck), 7. Auflage, S. 582-613.

Weizsäcker, Carl Friedrich von (1993): Die Sterne sind glühende Gaskugeln, und Gott ist gegenwärtig. Über Religion und Naturwissenschaft. 3. Auflage. Freiburg: Herder.

Wille, Eberhard / Gläser, Martin (1977/1985): Staatsaufgaben bei Adam Smith. Eine Würdigung unter Allokationsaspekten. In: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band

28; teilweise wiederabgedruckt in: Recktenwald, Horst Claus (Hrsg., 1985), S. 262-286.

Wilson, David / Dixon, William (2006): Das Adam Smith Problem – A Critical Realist Perspective. In: Journal of Critical Realism 5 (2006), Heft 2, S. 251-272.

Zoepffel, Renate (2006, Hrsg.): Aristoteles, Oikonomika. Schriften zu Hauswirtschaft und Finanzwesen. Berlin: Akademie Verlag.

